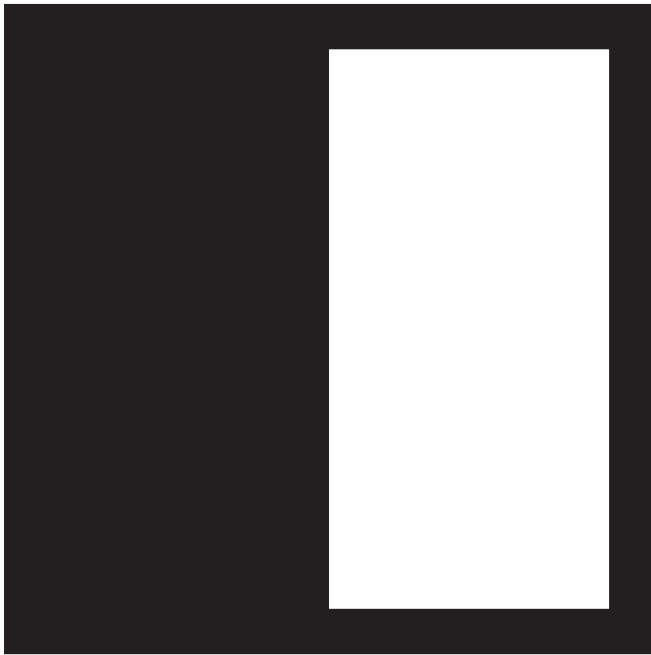


kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



INTERKULTURELLES ZUSAMMENLEBEN
SPEKTRUM
BUCHTIPPS
VERANSTALTUNGEN

7 | November 2012

Interkulturelles Zusammenleben	
Ungenutzte Potenziale von MigrantInnen	4
Schweiz: Warum Kinder von MigrantInnen kaum studieren gehen	6
Interkulturelles Zusammenleben als kommunale Herausforderung und Bereicherung	7
Wohnen im Dialog	9
Interkulturelle Sozialarbeit	12
„Modernes Europa“ versus „antiquierter Islam“	16
Stereotypen aus der Kolonialzeit	19
AfrikanerInnen in China	21
Interkulturelle Studien prämiert	23
Spektrum	
Budget-Alternativen	25
Bericht zur sozialen Lage der Studierenden	26
Beschäftigungsprognose für Österreich	29
Buchtipps	30
Veranstaltungen	31

In China und anderswo

In China gibt es keine klar geregelten Verfahren zur Einbürgerung. „Die Regierung und die Medien tun sich schwer damit, Immigration überhaupt als solche anzuerkennen. Sie vermeiden den Begriff „Migranten“ und sprechen fast ausschließlich von Händlern, Studierenden, Reisenden, ...“ (vgl. Beitrag S. 21). Kommt Ihnen das bekannt vor?

Sicherlich, die Einbürgerung ist bei uns gesetzlich eindeutig geregelt, sie soll – unter bestimmten Bedingungen – künftig sogar erleichtert werden, aber mit der Tatsache, dass Österreich ein Einwanderungsland (geworden) ist, tun sich viele auch hierzulande immer noch schwer. Da lebt wohl die Vorstellung vom (irgendwann in die Herkunftsregion zurückkehrenden) Gastarbeiter weiter – auch wenn die Zahlen mittlerweile eindeutig sind: Im Jahresdurchschnitt 2011 lebten etwas über 1,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich, davon gehörte ein knappes Drittel (415.00 Personen) der so genannten zweiten Generation an. Hauptherkunftsländer sind Deutschland, die Nachfolgestaaten Jugoslawiens und die Türkei (Statistik Austria, 09.07.2012).

Doch weiter im (o.a.) Text: „Unfreundliches, misstrauisches oder sogar respektloses Verhalten seitens der Polizei und der Einwanderungsbehörden“ ist gegenüber den Zugewanderten aus Afrika „keine Seltenheit“. In China – oder wo dachten Sie? Aber bleiben wir in Europa: In Frankreich durchgeführte Studien erbrachten eine Benachteiligung muslimischer MigrantInnen bei Stellenbewerbungen. Aus Westafrika Zugezogene werden dabei stärker diskriminiert als jene aus Nordafrika, dem Integrationsforscher August Gächter zufolge könnte dies an der Hautfarbe liegen. Auch türkische Frauen in Wien fühlen sich ob ihrer Herkunft bei Bewerbungen diskriminiert (science.orf.at, 23.11.2010). Nächstes Beispiel: In der Schweiz sind Kinder von MigrantInnen einem knapp dreimal größeren Risiko ausgesetzt als einheimische Kinder, in einer Sonderschule unterrichtet zu werden, und einem zwei- bis dreimal höheren Risiko, keine Lehrstelle zu finden oder keine Berufsausbildung abzuschließen (vgl. Beitrag S. 6).

Der Schluss liegt nahe: Die Diskriminierung Zugewanderter, insbesondere aus anderen Kulturkreisen,

ist offenbar weder auf bestimmte Bereiche noch auf bestimmte Länder beschränkt, sondern weit verbreitet. Ein Trost ist das allerdings nicht. Eher ein Arbeitsauftrag, es besser zu machen und das gedeihliche Zusammenleben von MigrantInnen und autochthoner Bevölkerung zu fördern. Ansätze dazu gibt es, und sie gehören ausgebaut.

In der oberösterreichischen Stadt Wels beispielsweise wurde zu Beginn dieses Jahres das Projekt „Wohnen im Dialog“ ins Leben gerufen. Das Wohnumfeld wurde dabei als Ansatzpunkt gewählt, weil es einerseits ein Ort mit Konfliktpotenzial aufgrund des Aufeinandertreffens unterschiedlicher Gruppen von Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen ist, andererseits aber auch ein „Möglichkeitsraum für Begegnungen“. Konflikte werden dabei nicht unter den Tisch gekehrt, sondern professionell bearbeitet, um eine Eskalation zu verhindern und einer stets drohenden „Kulturalisierung“ der Konflikte entgegenzutreten. Da gerade in alltäglichen Begegnungen der Grundstein für den Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit gelegt werden kann, werden Gelegenheiten hierzu geschaffen: bei Siedlungsfesten und internationalen Kochkursen ebenso wie in Gemeinschaftsgärten (vgl. Beitrag S. 9).

Auch in der Arbeitswelt gibt es entsprechende Ansätze, zusammengefasst unter dem Begriff Diversity-Management als bewusstem und gefördertem Umgang mit Heterogenität in den Betrieben. Positiv erwähnt sei hier etwa eine heimische Großbank, die über 100 MitarbeiterInnen beschäftigt, die KundInnen mit Migrationshintergrund in ihrer Muttersprache betreuen (vgl. news.orf.at, 01.12.2011). Mit dieser Vorgehensweise trifft man eine Forderung der Arbeiterkammer, die darauf hinweist, dass man, anstatt MigrantInnen nur an ihren Deutschkenntnissen zu messen, ihre Sprachkompetenzen besser nutzen sollte, sowohl im privatwirtschaftlichen wie im öffentlichen Bereich (Verwaltung, Schulen, Krankenhäuser). Häufig werden jedoch junge MigrantInnen immer noch unter ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt und seltener in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen einbezogen als ihre nicht-migrantischen AlterskollegInnen (vgl. Beitrag S. 5). Ein Zustand, der ehestmöglich beendet werden sollte, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Ungenutzte Potenziale von MigrantInnen

Die Mehrsprachigkeit von MigrantInnen ist ein Potenzial, das noch viel zu wenig geschätzt und gefördert wird, kritisiert die Arbeiterkammer. Zudem würden junge MigrantInnen in der Arbeitswelt immer noch diskriminiert, obwohl sie ähnlich gut ausgebildet sind wie Nicht-MigrantInnen.

Eine aktuelle Studie des L&R-Instituts belegt: In Wien sprechen Menschen mit Migrationshintergrund im Schnitt drei Sprachen – mehr als die einheimische Bevölkerung. „Das ist ein enormes Potenzial für Wirtschaft und Gesellschaft“, sagt Gabriele Schmid, Leiterin der Abteilung Bildungspolitik in der Arbeiterkammer Wien (AK): „Statt MigrantInnen nur an ihren Deutschkenntnissen zu messen, sollte man ihre Sprachkompetenzen noch besser nutzen: in den Betrieben, in der Verwaltung, in Krankenhäusern, in Schulen – etwa im Kontakt mit KundInnen und zur Verbesserung der internen Kommunikation.“

Mehrsprachigkeit erleichtert das Zusammenleben

Sprachkenntnisse sind wichtig am Arbeitsmarkt. Ausreichende Deutschkenntnisse sind ebenso wichtig wie das Beherrschen weiterer Sprachen. Häufig werden Menschen mit Migrationshintergrund jedoch in erster Linie an ihren Deutschkenntnissen gemessen, während ihre weiteren Sprachkompetenzen brach liegen. Davon würde nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft profitieren: Mehrsprachigkeit ist ein Vorteil für alle und fördert auf individueller Ebene nicht nur das Vorankommen im Beruf, sondern erleichtert auch das Zusammenleben.

Im Zuge der L&R-Studie wurden in Wien 2.300 migrantische ArbeitnehmerInnen aus elf Herkunftsregionen telefonisch befragt. Die Untersuchung erbrachte, dass die Zugewanderten mehrheitlich über hohe Sprachkenntnisse verfügen. Durchschnittlich sprechen MigrantInnen rund drei Sprachen – und damit mehr als Nicht-MigrantInnen, die im Schnitt 2,4 Sprachen sprechen. Die MigrantInnen können diese Sprachen im Arbeitsalltag sowohl für die Kommunikation mit KollegInnen als auch mit GeschäftspartnerInnen einsetzen. Spitzenreiter sind der Umfrage zufolge Personen mit russischem oder ukrainischem

Migrationshintergrund, die durchschnittlich 3,5 Sprachen sprechen. Dahinter folgen Zuwanderer aus Afghanistan, Bangladesch, Indien, Pakistan und dem Iran (3,4 Sprachen). Fast die Hälfte (48%) der Befragten spricht Englisch. Platz zwei belegen die Sprachen der (nach den Deutschen) größten Zuwanderergruppen: Serbokroatisch und Türkisch.

Nahezu alle Befragten (96%) verwenden die deutsche Sprache in ihrem Arbeitsleben. 93 Prozent der MigrantInnen geben an, dass ihre Deutschkenntnisse für die Ausübung ihres Berufs ausreichend sind. Die Sprachkenntnisse steigen mit zunehmender Aufenthaltsdauer und die Mehrheit der Zweiten Generation spricht Deutsch als Alltagssprache. Zwei Drittel der MigrantInnen haben schriftlich und mündlich fließende Deutschkenntnisse. 14 Prozent können fließend Deutsch sprechen, nicht jedoch schreiben.

Zwei Drittel der MigrantInnen, die eine andere Alltagssprache als Deutsch verwenden, können diese Fremdsprache auch im Arbeitsalltag einsetzen. Bei gut der Hälfte (59%) der Befragten trifft dies auf das Gespräch mit KollegInnen zu, ein gutes Drittel (34%) nutzt ihre nicht-deutsche Alltagssprache außerdem geschäftlich und 15 Prozent verwenden sie ausschließlich in der Kommunikation mit GeschäftspartnerInnen.

Sprachkompetenzen mehr wertschätzen

„Wir wollen, dass die Sprachkompetenzen von MigrantInnen mehr wertgeschätzt und genutzt werden“, sagt Gabriele Schmid. Die Arbeiterkammer fordert zudem eine verstärkte Förderung von Sprachkursen in Deutsch, Bosnisch-Kroatisch-Serbisch (BKS), Türkisch, Englisch und anderen Sprachen zur Verbesserung vorhandener Sprachkenntnisse. Die Schulen sollten motiviert und dabei unterstützt werden, die wichtigsten MigrantInnensprachen als zweite Fremdsprachen im Unterricht einzuführen. Mittels Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit sollte mehr Bewusstsein über den Stellenwert der MigrantInnensprachen geschaffen und der Mehrwert von Mehrsprachigkeit erkannt werden.

Weiters sollten Unternehmen MigrantInnensprachen, so diese beruflich eingesetzt werden, als Zusatzqualifikationen anerkennen und entsprechend honorieren. Außerdem könnten MigrantInnen bei den Ausbildungsberufen LehrerIn und KindergartenpädagogIn mehr gefördert werden, damit Kinder beim Erlernen und Wertschätzen ihrer Muttersprache fachlich adäquat unterstützt werden können.

Mehrsprachiger Redewettbewerb will Potenziale sichtbar machen

Die L&R-Studie wurde auch von der Wirtschaftsseite positiv aufgenommen. Anlässlich des Europäischen Tages der Sprachen am 26. September betonten Georg Kraft-Kinz und Ali Rahimi, Obleute von Wirtschaft für Integration (VWFI), ebenfalls die große Bedeutung von Mehrsprachigkeit: „Es freut uns, dass in einer aktuellen Studie der AK Wien auf das große Sprachpotenzial von MigrantInnen aufmerksam gemacht wird, denn die Sprachkenntnisse von Menschen mit Migrationsgeschichte sind von großem Wert. Sie sind ein Gewinn für die österreichische Wirtschaft und damit für uns alle. Wir (...) sind davon überzeugt: Mehrsprachigkeit muss stärker wertgeschätzt und gefördert werden. Dieses enorme Potenzial darf nicht ungenutzt bleiben“, so die VWFI-Obleute.

Auf das Potenzial der Mehrsprachigkeit macht der Verein Wirtschaft für Integration unter anderem auch mit dem mehrsprachigen Redewettbewerb „Sag's Multi!“ aufmerksam. Bereits zum vierten Mal findet der von Wirtschaft für Integration entwickelte und initiierte Redewettbewerb im Schuljahr 2012/13 statt. SchülerInnen ab der siebenten Schulstufe wechseln in ihren Reden zwischen Deutsch und ihrer Muttersprache, in diesem Jahr zum Themenbereich „Meine Zukunft - unsere Zukunft“. Weil mit dem Redewettbewerb ganz gezielt das Sprachpotenzial von Kindern und Jugendlichen aus zugewanderten Familien wertgeschätzt und gefördert werden soll, können ausschließlich SchülerInnen, deren Erst- bzw. Muttersprache nicht Deutsch ist, am Wettbewerb teilnehmen. „Jedes Jahr stellen die talentierten jungen Menschen, die an ‚Sag's Multi!‘ teilnehmen, ihr großes sprachliches Potenzial unter Beweis. Wir sind von ihren Gedanken, ihrem Können und der Sprachenvielfalt, die dabei zum Vorschein kommt, sehr beeindruckt. Unser Redewettbewerb zeigt, dass Mehrsprachigkeit ein großer Gewinn für uns alle ist,“ so Kraft-Kinz und Rahimi (Nähere Informationen zum mehrsprachigen Redewettbewerb unter www.sagsmulti.at).

Junge Talente gehen verloren

So erfreulich diese Bemühungen sind – eine weite-

re Studie der Arbeiterkammer Wien zeigt, dass junge MigrantInnen in der Arbeitswelt immer noch diskriminiert werden. Obwohl sie ähnlich gut ausgebildet sind wie Nicht-MigrantInnen, haben sie deutlich schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt. Sie üben dreimal häufiger Hilfstätigkeiten aus, dadurch sind sie auch häufiger arbeitslos (10%) als ihre Alterskollegen ohne Migrationshintergrund (7%).

Junge MigrantInnen sind außerdem doppelt so oft unter ihrem schulischen Ausbildungsniveau beschäftigt. Und: Sie interessieren sich zwar stärker für Weiterbildung als Nicht-MigrantInnen, aber sie nehmen seltener an einer berufs- und arbeitsmarktbezogenen Aus- oder Weiterbildung teil. „Das ist vernichtend für die jungen Leute. Und für die Wirtschaft hat das massive Nachteile: Junge Talente gehen verloren“, warnt AK-Bildungsexpertin Gabriele Schmid. Die Rede ist von MigrantInnen zwischen 15 und 24 Jahren, die zum Zeitpunkt der Befragung unselbständig erwerbstätig waren. Untersucht wurden im Zeitraum

2010/2011 mehr als 2.400 Wiener ArbeitnehmerInnen der ersten und zweiten Generation.

Die Arbeiterkammer mahnt zum einen die Vorbildwirkung des Öffentlichen Dienstes in Bezug auf ethnische und kulturelle Zusammensetzung der Beschäftigten ein, also eine Verbesserung des Zugangs und der Aufstiegschancen von MigrantInnen in der öffentlichen Verwaltung. Zum anderen sollen Unternehmen verpflichtet werden, ihren PersonalmanagerInnen Sensibilisierungsmaßnahmen wie Diversitätstrainings und Schulungen für Interkulturelle Kompetenz anzubieten. Weiters fordert die AK, dass Unternehmen abgelehnten BewerberInnen, die sich diskriminiert fühlen, verpflichtend detaillierte Auskünfte über die Ablehnungsgründe geben. (hs)

Quellen: Arbeiterkammer Wien, 14.05.2012, 25.09.2012; <http://wien.orf.at>, 25.09.2012; APA/OTS, 25.09.2012

„Statt MigrantInnen nur an ihren Deutschkenntnissen zu messen, sollte man ihre Sprachkompetenzen noch besser nützen: in den Betrieben, in der Verwaltung, in Krankenhäusern, in Schulen – etwa im Kontakt mit KundInnen und zur Verbesserung der internen Kommunikation.“

Gabriele Schmid

Schweiz: Warum Kinder von MigrantInnen kaum studieren gehen

MigrantInnenkinder erbringen im Schnitt keine schlechteren schulischen Leistungen als einheimische Kinder. Trotzdem sind sie auf Gymnasial- und Hochschulstufe unterrepräsentiert. Die Gründe sind nicht Diskriminierung durch die LehrerInnen oder die Schule, sondern oftmals die schwache finanzielle und kulturelle Ausstattung des Elternhauses. Dabei bestehen zwischen den einzelnen Nationalitäten große Unterschiede. Dies zeigt eine vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) unterstützte bildungssoziologische Studie.

Das Schweizer Bildungssystem steht nicht allen Jugendlichen gleichermaßen offen. Kinder von Akade-

mikerInnen und vermögenden Eltern erwerben viel häufiger einen höheren Bildungsabschluss als Kinder von MigrantInnen und aus den Unterschichten. Diese Tatsache verletzt nicht nur die in der Verfassung festgehaltene Chancengleichheit. Sie ist zudem volkswirtschaftlich von Nachteil, weil sie dazu führt, dass Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern ihr Potenzial nicht entfalten können – was in der Schweiz deutlich häufiger vorkommt als in einigen Nachbarstaaten.

Warum aber sind die Chancen im Bildungssystem gerade für MigrantInnen schlecht? Unterstützt vom Schweizerischen Nationalfonds, hat der Bildungssoziologe Rolf Becker von der Universität Bern mit seinem Team diese Frage für den Übergang von der Primarstufe auf die Sekundarstufe I statistisch mit Daten des Geburtsjahrgangs 1985 in der Deutschschweiz (2.755 Fälle), mit Daten von 1998 für Schulkinder am Ende der Primarstufe im Kanton Zürich (1.200 Fälle) sowie mit Daten für Primarschulkinder in den Kantonen Bern und Zürich (1.366 Fälle) untersucht.

Größeres Risiko, in der Sonderschule zu landen
Kinder mit Migrationshintergrund sind im Bildungssystem im Nachteil. Dabei variieren die Unterschiede zwischen den Nationalitäten stark. Die aus Deutsch-

land, Frankreich und Österreich stammenden Kinder sind aufgrund ihres vorteilhaften sozioökonomischen Hintergrunds oftmals erfolgreicher als einheimische Kinder. Die deutlichen Nachteile der MigrantInnenkinder aus der Türkei, aus Portugal oder vom Balkan ergeben sich nicht durch Diskriminierung durch die Lehrpersonen. Sie werden der Untersuchung zufolge von den LehrerInnen aufgrund ihrer tatsächlichen Leistungen gerecht benotet und nicht von vornherein als „Problemfälle“ etikettiert und stigmatisiert. Ebenso wenig finden sich Hinweise dafür, dass sie strukturell durch das Schulsystem benachteiligt würden.

Die Gründe für die Nachteile sind oftmals die schwache finanzielle und kulturelle Ausstattung des Elternhauses sowie Sprachprobleme. Dabei besitzen viele der Eltern den deutlich stärkeren Wunsch als einheimische Eltern, dass ihre Kinder die Matura machen – in den Kan-



Kinder mit Migrationshintergrund sind im Schweizer Bildungssystem nach wie vor benachteiligt. Foto: bl

tonen Bern und Zürich sind dies über 87 Prozent. Bei den einheimischen Eltern sind es nur 69 Prozent. Trotzdem sind viele MigrantInnenkinder einem knapp dreimal größeren Risiko ausgesetzt als einheimische Kinder, in einer Sonderschule unterrichtet zu werden, und einem zwei- bis dreimal höheren Risiko, keine Lehrstelle zu finden oder keine nachobligatorische Berufsausbildung abzuschließen. MigrantInnenkinder sind an den Universitäten unterrepräsentiert. Ihr Anteil an den AbsolventInnen liegt schweizweit bei fünf Prozent, obschon sie im Schnitt keine schlechteren schulischen Leistungen erbringen als die Einheimischen.

Schulische Selektion erfolgt zu früh

Rolf Becker empfiehlt erstens, die Sprachprobleme der MigrantInnen- und der Unterschichtkinder zu beheben. Diese sollten möglichst vor der Einschulung in der jeweiligen Landessprache gefördert werden. Im Kanton Zürich besuchten 1998 rund sechs Prozent der MigrantInnenkinder das Gymnasium. Hätte man ihre Leistungen in Deutsch verbessert, hätte sich der Anteil, wie die statistischen Berechnungen nahelegen,

verdoppelt. Man könnte so auch die Bildungschancen einheimischer Schulkinder aus den Unterschichten deutlich verbessern.

Zweitens sollten laut Becker die Eltern besser über die Möglichkeiten des Bildungssystems informiert werden. Drittens sollte die folgenreiche Selektion für die Sekundarstufe nicht bereits nach der vierten oder sechsten Klasse, sondern später erfolgen oder in der obligatorischen Schulzeit gar aufgehoben werden. Viertens müssten die großen Bildungs- und Einkommensunterschiede reduziert werden – in der Schweiz eine „utopische Forderung“, wie Becker sagt. Doch in Schweden beispielsweise wirkten sich die ausgeglichene Vermögensstruktur, die bessere schulische Qualifizierung der Bevölkerung sowie die hohe Erwerbstätigkeit der Mütter positiv auf die Chancengleichheit beim Bildungszugang und Erwerb von Bildungsabschlüssen aus.

Quelle: Pressemitteilung des Schweizerischen Nationalfonds SNF (Kathrin Sterchi), 21.06.2011

Interkulturelles Zusammenleben als kommunale Herausforderung und Bereicherung

Integration wird mittlerweile so verstanden, dass man die Vielfalt von Kulturen erkennt und anerkennt. Die Stadt Ansfelden hat einen Strategieprozess gestartet, der versucht, dem Rechnung zu tragen.

Die Vielfältigkeit an kulturellen und sozialen Herkunftsn innerhalb der Bevölkerung stellt für zahlreiche oberösterreichische Kommunen eine besondere Herausforderung dar. Die Herausforderungen für Kommunen können überwiegend in der Verantwortung für die Gleichstellung ihrer BürgerInnen gesehen werden. Die Verantwortungsbereiche der Gemeinde liegen dabei in den örtlichen Bildungseinrichtungen, am Arbeitsmarkt und im Verwaltungsbereich (vgl. Zwicklhuber et al. 2003: 23ff.). Das Bewusstsein für

ein funktionierendes Zusammenleben zwischen autochthoner und migrantischer Bevölkerung in den Kommunen kann als langsam voranschreitender Prozess der letzten Jahre gesehen werden, denn bis vor einigen Jahren ging man davon aus, dass jene Bevölkerungsteile mit ausländischen Wurzeln in ihre Ursprungsheimat zurückkehren würden. Diesbezüglich findet eine Reformation des ursprünglichen Integrationsbegriffes statt. Ging man über Jahrzehnte davon aus, dass Integration „das Schaffen eines Ganzen“ sein soll, wandelt sich der wissenschaftliche Diskurs dahingehend, dass man die Vielfalt von Kulturen erkennt und anerkennt (vgl. Terkessidis 2010). Eine weitere Herausforderung wird es jedoch auch sein, Multikulturalität nicht ausschließlich problemzentriert zu betrachten, sondern als Bereicherung. Zu oft wird sie durch scheinbar unüberbrückbare Differenzen in Kultur und Sprache überschattet.

Interkulturelles Zusammenleben am Beispiel der Stadtgemeinde Ansfelden

Die südlich von Linz gelegene Stadtgemeinde Ansfelden, insbesondere der Stadtteil Haid, beherbergt traditionell einen hohen Anteil an Menschen mit

nichtösterreichischer Herkunft. Zugleich weist dieser Stadtteil die höchste Bevölkerungsdichte auf. Rund ein Viertel der Ansfeldner BürgerInnen sind nicht in Österreich geboren. Hier treffen Menschen aus 80 verschiedenen Nationen mit 64 Sprachen aufeinander (vgl. OÖ Nachrichten 2009). Diese Vielfalt an Herkunftsregionen basiert zu einem Gutteil auf das während der NS-Zeit errichtete Deportationslager oder die sogenannte Wohnsiedlung 121 Haid. Nach 1945 fanden überwiegend Vertriebene mit ursprünglich polnischer Staatsangehörigkeit und JüdInnen sowie Heimatlose aus Jugoslawien, Rumänien, Deutschland und anderen Staaten in der damaligen amerikanischen Besatzungszone Zuflucht. Zuwanderung ist in Ansfelden allerdings nicht lediglich historisch bedingt, sondern lässt sich überdies auf die wirtschaftlich und infrastrukturell begünstigte Lage zurückführen. Auch wenn das ehemalige „Lager Haid“ im Laufe der letzten Jahre durch den Abriss der Baracken sein ursprüngliches Aussehen verloren hat, so sind es dennoch überwiegend Menschen aus dem Ausland, die rund um den Haider Hauptplatz in Mandatswohnungen ihre Bleibe finden. In den letzten Jahren waren das vor allem tschetschenische Flüchtlinge.

Die hohe Bevölkerungsdichte und das Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen, aber auch unterschiedlicher sozialer Schichtungen trugen in der Vergangenheit immer wieder zu Konflikten bei. Diesen

wirkt man in der Stadtgemeinde seit einigen Jahren aktiv durch die Förderung des Zusammenlebens der Bevölkerung entgegen. 2010 wurde zur Verbesserung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens ein Strategie-Prozess gestartet. Dieser betrifft nicht nur in Ansfelden ansässige Organisationen und Einrichtungen, sondern auch den Verwaltungsbereich. Der Prozess orientiert sich am Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich und wird durch die Integrationsstelle des Landes begleitet (vgl. www.integrationsstelle-ooe.at). Die bereits vorhandenen Strukturen, wie beispielsweise die jährlich stattfindenden Informationsveranstaltungen für zugezogene BürgerInnen jeglicher Herkunft oder Sprachkursangebote, sollen in den nächsten Jahren ausgebaut werden, um so allen BürgerInnen ein adäquates Leben mit gleichen Startmöglichkeiten zu ermöglichen. Die Stadtgemeinde Ansfelden hat sich den Herausforderungen interkulturellen Zusammenlebens angenommen. Diesbezüglich bekennt sie sich auch zur kulturellen Vielfalt. „Kulturelle Vielfalt schafft einen enormen Erfahrungsschatz, wodurch die Handlungsmöglichkeiten erhöht und die menschlichen Fähigkeiten und Werte bereichert werden. Diese Vielfalt ist daher eine Hauptantriebskraft für die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt“ (Stadtgemeinde Ansfelden).

Stephanie Wögerbauer



Ortszentrum von Haid. Foto: bl

Wohnen im Dialog

Wohnen im Dialog ist ein Projekt der Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung im Bereich des interkulturellen Konfliktmanagements im Wohnumfeld und besteht in seiner jetzigen Form seit Jänner dieses Jahres. Aufbauend auf den jahrelangen Erfahrungen der Volkshilfe Integrationsbüros, speziell im Projekt „Miteinander Wohnen“ in Wels (seit 2007) und Vöcklabruck (seit 2008), wurden die Themen und Bedürfnisse der BewohnerInnen aufgegriffen und im Konzept berücksichtigt.

Wohnen im Dialog bietet zum einen Konfliktvermittlung bei Nachbarschaftsproblemen, zum anderen soll durch Einbindung bzw. Aktivierung der BewohnerInnen und gezielte Aktivitäten die Steigerung der Wohnzufriedenheit und Verbesserung des Zusammenlebens gefördert werden.

Heterogenisierung der Stadtbevölkerung

Aufgrund der globalen Migrationsbewegungen entstehen neue sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Ungleichheiten. Städtische Gesellschaften verändern und verändern sich zunehmend aufgrund ökonomischer Transformationen. Unbestrittenerweise ziehen diese Prozesse ihre sozialräumlichen Konsequenzen nach sich. Fraglich ist, wie Städte auf diese Veränderungen reagieren. Heitmeyer konstatierte bereits Ende der 1990er Jahre eine „Krise der Städte“! Er sah vor allem die großen Herausforderungen im Bereich des interkulturellen Zusammenlebens infolge zunehmender ethnischer und sozio-kultureller Segregation.

Wesentlich ist, dass interkulturelles Zusammenleben alle relevanten gesellschaftlichen Akteure betrifft: Markt, Staat und Zivilgesellschaft. Kommunale Verwaltungen, Behörden, Ämter, aber auch Wohnbaugenossenschaften, Hausverwaltungen und nicht zuletzt die Menschen sind vor große Herausforderungen einer pluralistischen Gesellschaft gestellt. Die unterschiedliche Verteilung von Ressourcen und Kompetenzen, vielfältige kulturelle Zugänge, Normen und Verhaltensmuster bergen Konfliktpotenzial.

Vielfalt als Chance

Vielfach wird die pluralistische Gesellschaft als Ver-

änderung und Bedrohung von Bewährtem und Stabilem wahrgenommen. Zugewanderte sind oftmals Opfer von Zuschreibungen, werden als fremd bezeichnet und sind Symbole für Statusverlust und KonkurrentInnen im Wettbewerb um Arbeitsplatz, Bildung, Wohnung. Demgegenüber steht die Vielfalt als Chance und Bereicherung. Pluralistische Gesellschaften sind auch eine Quelle von Entwicklung und Kreativität – unterschiedliche Zugänge eröffnen oft neue Perspektiven auf Bekanntes.

In den alltäglichen Begegnungen werden die Grundsteine für den Abbau von Vorurteilen, Stereotypen und Fremdenfeindlichkeit gelegt. Integrationsarbeit wird vor allem im Alltag geleistet und die Menschen, die diese leisten, müssen hierbei unterstützt werden, um Barrieren, Ängste und Skepsis abzubauen. Ein moderner, zeitgemäßer Begriff von Integration bedarf eines ganzheitlichen, allumfassenden Ansatzes, der alle Bevölkerungsgruppen mit einbezieht.

Sozialer Wohnbau – soziale Verantwortung und Herausforderung

Eines der zentralen gesellschaftlichen Felder für diese Aufgabe ist der Wohnbereich. Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Die eigene Wohnung erfüllt weitaus mehr Funktionen als ein Dach über dem Kopf und die Möglichkeit zur Regeneration. In der Wohnung realisieren sich Lebensstile, Wünsche und Bedürfnisse nach Geborgenheit und sozialer Anerkennung.

Das Wohnumfeld ist somit gleichzeitig Möglichkeitsraum für Begegnungen, aber auch ein Ort mit Konfliktpotenzial durch das Aufeinandertreffen von unterschiedlichen Gruppen von Menschen samt ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen.

Leistbaren und zumutbaren Wohnraum – vor allem am privaten Wohnungsmarkt – zu finden, ist besonders für soziale schwache Bevölkerungsgruppen schwierig. Der geförderte soziale Wohnbau ist ein Weg, die Versorgung sozial schwacher Gruppen zu gewährleisten.

Eine kommunale Verwaltung, die sich ihrer sozialen Verantwortung annimmt, und leistbaren, adäquaten Wohnraum auch jenen Menschen zur Verfügung stellen will, die über weniger finanzielle Ressourcen verfügt, ist vor die Herausforderung gestellt, Unterstützungsleistungen anzubieten, die über die Aufgaben privater HauseigentümerInnen hinausgeht. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen im sozialen Wohnbau benötigen Unterstützung in Form von sozialer Infrastruktur, Betreuungs- und Serviceangeboten, um Kompetenzen und Ressourcen zu stärken und zu fördern. Zusätzlich sind Einrichtungen erforderlich, die



Als Stätte der Begegnung wurde im Frühling 2011 in Kooperation mit der Stadt Wels ein interkultureller Nachbarschaftsgarten mit den BewohnerInnen der Otto-Loewi-Siedlung initiiert. 13 Familien aus fünf Nationen werden von den Mitarbeiterinnen des Integrationsbüros begleitet und treffen sich hier regelmäßig auf etwa 700 m² zum gemeinsamen Gärtnern und Ernten. Foto: Volkshilfe

es den BewohnerInnen ermöglichen, ihre Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren. Ein vor Ort tätiges professionelles Konfliktmanagement kann diese Aufgabe übernehmen.

Konfliktmanagement ist Integrationsarbeit

Vor allem alltägliche Situationen im nahen Wohnumfeld sind es, die im Zusammenleben von Menschen zu Irritationen und Missverständnissen führen: spielende Kinder, Fußbälle gegen Hauswände, Müll vor der Türe, nächtliche Ruhestörung etc. können Ursachen von Nachbarschaftskonflikten sein.² Diese nachbarschaftlichen Konflikte sind nicht vermeidbar, sehr wohl muss aber der Bearbeitung und der Vermittlung Raum und Struktur gegeben werden, um einerseits eine Eskalation zu verhindern und andererseits einer „Kulturalisierung“ von Konflikten entgegenzutreten.

Neben der Bearbeitung von bereits entstandenen Konflikten hat das Projekt „Wohnen im Dialog“ das Ziel, einerseits Konfliktbearbeitungskompetenzen bei den BewohnerInnen zu stärken und andererseits das Zusammenleben und den interkulturellen Dialog zu fördern. Die BewohnerInnen ausgewählter Stadtteile werden auch dabei unterstützt, eigenständig Gemeinwesenprojekte durchzuführen, sich in Entscheidungs-

prozesse einzubinden und bei Planungen und Umsetzungen von sozialräumlichen Gestaltungsprozessen zu partizipieren.

Was meint interkulturelles Konfliktmanagement?

Wohnen im Dialog hat sich durch interkulturelles Konfliktmanagement zum Ziel gesetzt, die bestehenden kulturellen Unterschiede (Werte, Normen, Verständnis und Wahrnehmung von sozialen Kontexten) im Zusammenleben in den Prozess der Konfliktbearbeitung zu integrieren. Die Auseinandersetzung mit kulturellen Unterschieden ist integraler Bestandteil des Konfliktmanagements.³ Dennoch ist Kultur nur eine Variable unter vielen, sie kann nicht als Entschuldigung für Verhalten herangezogen werden („Wir Österreicher sind halt so!“), muss aber mitgedacht werden. Den Einfluss von Kultur zu verneinen, wäre fatal, da z.B. Fehlinterpretationen von Verhalten des Gegenübers (z.B. vermiedener Augenkontakt) schnell zu Missverständnissen und Konflikten führen können.⁴

Projektdurchführung

Wohnen im Dialog setzt sich zum Ziel, zur Steigerung der Wohnzufriedenheit und Lebensqualität der BewohnerInnen im sozialen Wohnbau in den ausge-

wählten Projektstandorten beizutragen. Das Konzept basiert auf drei methodischen Zugängen:

- Konfliktvermittlung
- MultiplikatorInnen-Arbeit
- Gemeinwesenarbeit

Diese Bereiche sind nur in der Konzeption und im methodischen Zugang voneinander getrennt zu betrachten, in der alltäglichen Arbeit sind die Übergänge dieser drei Bausteine fließend, z.B. können im Rahmen von erfolgreichen Konfliktvermittlungen MultiplikatorInnen gefunden werden oder auch Vernetzungstreffen Ausgangspunkt für Gemeinwesenprojekte wie MieterInnenfeste, Kulturveranstaltungen, Workshops etc. sein.

Aufbauend auf die langjährige Erfahrung der Volkshilfe Integrationsbüros in der Integrationsarbeit und durch Kooperationen mit Städten, Gemeinden und Wohnbauträgern sowie durch die Einbindung von Institutionen vor Ort werden durch folgende Aktivitäten und Maßnahmen die Inhalte des Projekts Wohnen im Dialog umgesetzt: Aktivierende Befragungen und Interviews zur Analyse der Wohnzufriedenheit, MieterInnenversammlungen und Hofgespräche, regelmäßige Sozialraumbegehungen im Wohngebiet, Sprechstunden, Konfliktvermittlung, Veranstaltungen im Stadtteil (wie z.B. Siedlungsfeste, Deutschkurse, internationale Kochkurse, ...), Initiierung von Stadtteilprojekten wie z.B. Gemeinschaftsgärten. Durch eine verstärkte Präsenz im Siedlungsraum und den direkten Kontakt zu den BewohnerInnen kann unmittelbarer und adäquater auf entstehende Bedarfe und etwaige Problembereiche reagiert werden.

In enger Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern (Kommunen, Wohnbauträger) werden wichtige

Themen des Zusammenlebens (z.B. Hausordnung, Mülltrennung) behandelt. In Informationsveranstaltungen, Workshop-Reihen und Schulungen sollen MultiplikatorInnen (HausbesorgerInnen, Gemeindebedienstete, ...) grundlegende Kompetenzen in den Bereichen interkulturelles Konfliktmanagement, Vielfalt und Diversität bzw. Gesprächsführung vermittelt werden. Zu den Standorten, an denen derzeit Angebote von Wohnen im Dialog bestehen, zählen die Integrationsbüros von Wels, Vöcklabruck, Traun, Schwertberg, Ried und Braunau.

Rosa Rumetshofer-Karlinger

Kontakt:

Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung
Abt. Kommunale Integration
Stockhofstr. 40, 4020 Linz
rosa-rumetshofer@volkshilfe-ooe.at

Anmerkungen

¹ Backes, Dollase und Heitmeyer, Hrsg. (1998): Die Krise der Städte: Analyse zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklungen für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main.

² Vgl. Kohlbacher und Reeger (2006): „Gespanntes Nachbarschaftsverhältnis?“ – Eine empirische Analyse des interethnischen Zusammenlebens in unterschiedlichen Wohnbaukategorien in Wien, ISR-Forschungsberichte, Heft 32, Wien. S. 74

³ Haumersen und Liebe (1999): Multikulti: Konflikte konstruktiv, Mühlheim an der Ruhr, Verlag an der Ruhr. S. 27

⁴ Haumersen und Liebe (1999): S. 34

Begegnungen mit dem Islam in Österreich

In der Ausstellung „Spuren jahrhundertelanger Begegnungen mit dem Islam in Österreich“ des IRPA (Lehramts-Studiengang für Islamische Religion) wird sichtbar, wie sehr der Islam – neben dem Christen- und dem Judentum – Teil der europäischen und speziell der österreichischen Geschichte ist. Die Zeugen dieser Begegnung finden sich in Gebäuden, Schlössern, Fabriken, in Lebensläufen, Kirchen, Bauernhäusern, in der Kunst und in der Sprache, im Alltag und am Hofe,

in der „Türkenmode“ und auf Friedhöfen. Sie lassen sich etwa an der maurischen Fassade des Arsenalts ebenso aufspüren wie in der Architektur der Karlskirche.

Die Ausstellung in der Galerie der VHS Urania (3. Stock) in Wien ist noch bis 19. Dezember geöffnet (9.00 – 20.00 Uhr). Der Eintritt ist frei.

Zur Ausstellung ist bei new academic press ein Katalog unter dem Titel „Ostarrichiislam. Fragmente achthunderjähriger gemeinsamer Geschichte“ erschienen (220 Seiten, EUR 24,90).

Interkulturelle Sozialarbeit

Sozialarbeit im Spannungsfeld zwischen Thematisierung und De-Thematisierung von Kultur

Die Begriffe interkulturell bzw. interkulturelle Kompetenz haben im sozialwissenschaftlichen Diskurs Hochkonjunktur. Der Begriff interkulturelle Sozialarbeit wurde bislang diesbezüglich eher stiefmütterlich behandelt. In einschlägigen Handbüchern wird ihm kein Beitrag gewidmet¹ oder es finden sich nur Beiträge zu den Begriffen interkulturelle Arbeit², interkulturelles Lernen³ oder interkulturelle Pädagogik⁴. In Verbindung mit Sozialarbeit findet man häufig die Begriffe Migrationssozialarbeit oder Soziale Arbeit mit Migrant/innen. In jüngster Zeit sind einige Werke erschienen, die sich explizit der interkulturellen Sozialarbeit widmen.⁵

Aufgabe von Sozialarbeit ist die Verhinderung, Linderung und Bewältigung von gesellschaftlich wie professionell als relevant betrachteten sozialen Problemen.⁶ In Anlehnung an die Definition Bernfelds von Pädagogik als „Summe der Reaktionen einer Gesellschaft auf die Entwicklungsatsache“⁷ und die analoge Definition von Böhnisch von Sozialer Arbeit als „gesellschaftliche Reaktion auf die Bewältigungsatsache“⁸ lässt sich mit Eppenstein interkulturelle Sozialarbeit als „Summe der Reaktionen auf die Migrationstatsache“⁹ beschreiben. Im folgenden Beitrag sollen nun entsprechende unterschiedliche Reaktionsweisen diskutiert werden.

Theorie und Praxis interkultureller Sozialarbeit sind abhängig vom jeweiligen Verständnis von Kultur und interkultureller Kompetenz. Entsprechend werden zunächst diese beiden Begriffe erörtert.

Kultur

Mit Auernheimer und Mecheril verstehe ich Kultur als Orientierungssystem und Ensemble von Interpretati-

onsmustern, das Wahrnehmung und Bewertung steuert, spezifische Handlungen nahelegt und soziale Wirkungen hat.¹⁰ Im Alltagsverständnis, im politischen wie wissenschaftlichen Diskurs findet sich sowohl ein statischer wie ein dynamischer Kulturbegriff:

Ein statisches Verständnis betrachtet Kulturen als voneinander deutlich abgegrenzte Bedeutungssysteme, die sich kurzfristig kaum verändern. Kulturen werden als eine Art von Großkollektiven betrachtet, deren Synonyme ‚Länder‘, ‚Gesellschaften‘, ‚Staaten‘ oder ‚Nationen‘ sind. Angehörige solcher Großkollektive werden „gleichsam als Marionetten, die an den Fäden ihrer Kultur hängen, wahrgenommen.“ Gesellschaftliche oder herkunftsspezifische Verhaltensweisen werden zum Wesen der Betroffenen, Oberflächenmerkmale zum unhinterfragbaren Teil ihres Wesens erklärt.

In einem dynamischen Kulturverständnis, dem sich der Autor verpflichtet fühlt, gibt es keine homogenen widerspruchsfreien Bedeutungssysteme im Sinne der englischen, der deutschen oder der österreichischen Kultur. Personen werden durch ihre Gruppenzugehörigkeit beeinflusst, aber nicht festgelegt. Die Orientierungsfunktion einer Kultur bleibt nur solange erhalten, als sie im Leben von Personen relevante Deutungsmuster liefert. Kultur ist soziale Praxis, eine Bewegung des Sich-Öffnens, aber auch des Sich-Schließens. Menschen werden geprägt durch Kulturen und prägen Kulturen.

In diesem Sinn sind Personen zu keinem Zeitpunkt kulturell abgeschlossen und können sich kritisch zur eigenen Kultur verhalten. Es gibt multiple Identitäten und ein Partizipieren an mehreren Kulturen. Reyhan Sahin spricht in ihrer Dissertation über die Bedeutung des Kopftuchs für muslimische Frauen, worin sie das Kopftuch in Bezug zum gesamten Kleidungsstil untersucht, von einem vestimentären Mixing: Das Kopftuch wird mit modischer westlicher Kleidung kombiniert. Eine ihrer Interviewpartnerinnen beschreibt ihren Kleidungsstil folgendermaßen:

„Also wenn man meine Kleidung im Kleiderschrank sehen würde, würde man sagen, das passt nicht. Ich habe Outfits ... du würdest sagen richtig bitchlike und dann habe ich Outfits, die sind Hardcore Moslem, und dann was ich heute an habe, so spießig und dann habe ich auch Outfits, die gehen so mehr in die Gangster Richtung ... also ist alles Mögliche drin, dann habe ich auch noch so traditionelle Sachen...“

1 z.B. Kreft/Mielenz (2005): Wörterbuch Soziale Arbeit; Schwendtke (1995): Wörterbuch der Sozialarbeit und Sozialpädagogik

2 Thiersch/Otto (Hg.)(2005): S. 811-815

3 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2002): S.494

4 Thole (Hg.) (2005): S. 387-399

5 vgl. u.a. Eppenstein (2008); Freise (2005)

6 vgl. Engelke (2003): S. 301f; Klüsche (1999): S.44

7 Bernfeld (1925): S. 49

8 Böhnisch (1997): S.31

9 Eppenstein (2008): S.39

10 Auernheimer (1999): S. 28

Interkulturelle Kompetenz

Es gibt im wissenschaftlichen Diskurs keine eindeutige und allgemein anerkannte Definition von interkultureller Kompetenz. Scheitza spricht von einer Schlüsselqualifikation für „Auslandseinsätze und die Arbeit in internationalen Teams“¹¹ und definiert interkulturelle Kompetenz als Fähigkeit, in interkulturellen Situationen kompetent zu handeln. Als interkulturell werden in dieser Perspektive Situationen betrachtet, in denen sich Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft begegnen, wodurch ein kompetenter Umgang mit kulturellen Unterschieden erforderlich wird.¹²

Leiprecht beschreibt interkulturelle Kompetenz als „Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen wie Einwanderungs- und Migrationsprozesse, Europäische Integration und fortschreitende Globalisierung.“¹³

Knapp-Potthoff definiert interkulturelle Kompetenz als die Fähigkeit, mit Mitgliedern fremder Kommunikationsgemeinschaften ebenso erfolgreich Verständigung zu erreichen wie mit denen der eigenen.¹⁴ Den unterschiedlichen Definitionen gemeinsam ist, dass interkulturelle Kompetenz als Handlungskompetenz beschrieben wird, die in kulturellen Überschneidungssituationen gefragt ist. Diese Handlungskompetenz wird als ein Bündel von Teilkompetenzen betrachtet, wobei der Unterschied u.a. in der Betonung einzelner Teilkompetenzen – wie personaler, sozialer und fachlicher Kompetenzen – liegt.¹⁵

In diesem Zusammenhang weisen Kritiker/innen auf die Gefahr von möglichen Kulturalisierungen hin.¹⁶ Kulturelles Wissen ermöglicht Verstehen und Verständigung, birgt aber auch Risiko der Kulturalisierung. Der Begriff Kulturalisierung beschreibt eine Auffassung, die alle Unterschiede, Probleme, Missverständnisse und Konflikte in interkulturellen Begegnungen in der Kultur begründet sieht. Ein klassisches Beispiel dafür wäre z.B. die Aufforderung von Lehrer/innen an Schüler/innen, Frühstück aus ihren Herkunftsländern mitzubringen, anstatt wie folgt einzuladen: „Bringt

das mit, was ihr zu Hause frühstückt!“ In diesem Sinn wäre statt auf vermeintliche Kultur der Fokus auf das Tun der Menschen unter bestimmten Lebensbedingungen zu lenken, sonst werden lebendige Subjekte zu Kulturmarionetten.

Neben dieser kulturalistischen Reduktion wird im Zusammenhang mit interkulturellen Trainings auch eine funktionalistische Reduktion konstatiert. Spezifische Qualifikations-Programme für bestimmte Zielgruppen und Situationen zur optimalen Erfüllung eines Auftrags – wie z.B. durch die Methode des Kulturassimilators – begünstigen eine Fokussierung auf die Surface-Kultur wie Kleidung, Begrüßung, Anrede und entsprechende Do's und Dont's. Sie suggerieren mit adäquatem Wissen über die Zielkultur verbundene kontraproduktive Sicherheit des Verstehens, eine trügerische Verhaltenssicherheit im Sinne professioneller Technologie. In einer Hal-

tung „Je mehr wir Wissen über andere, desto besser und mehr verstehen wir“ besteht auch die Gefahr, mit dem Verstehen zu schnell zu sein. Ein Immerschon-Bescheid-Wissen läuft Gefahr, Menschen auf Kultur festzulegen. Im Sinne einer Dialektik von Verstehen und Verfügen besitzt dieses Wissen dann auch Machtpotential. Begreifen wird so zum Eingreifen. Durch voreiliges Verstehen geschieht Vereinnahmung. Verstehen wird zum Beherrschen.¹⁷

Vor diesem Hintergrund sind im Sinne Derridas¹⁸ interkulturelle Lernprozesse immer wieder neu von vorhandenem Wissen zu dekonstruieren, gelernte Konstruktionen zu verlernen: Es könnte so oder so, aber vielleicht auch anders verstanden werden. In diesem Sinn spricht Mecheril von interkultureller Kompetenz als Kompetenzlosigkeitskompetenz und meint damit ein „professionelles Handeln, das auf Beobachtungskompetenz für die von sozialen Akteuren zum Einsatz gebrachten Differenzkategorien gründet und das von einem Ineinandergreifen von Nicht-Wissen und Wissen von Verstehen und Nicht-Verstehen hervorgebracht wird.“¹⁹ Kompetenzlosigkeit bedeutet dabei nicht kein Wissen, keine Reduktion auf Intuition. Kompetenzlosigkeit meint ein Wissen um Grenzen des

„Die Orientierungsfunktion einer Kultur bleibt nur solange erhalten, als sie im Leben von Personen relevante Deutungsmuster liefert. Kultur ist soziale Praxis, eine Bewegung des Sich-Öffnens, aber auch des Sich-Schließens. Menschen werden geprägt durch Kulturen und prägen Kulturen.“

11 Leiprecht (2004): S.12f.

12 vgl. Friese (2005): S.18-19

13 vgl. Sahin (2012): S. 233

14 Sahin (2012): S.225

15 Scheitza (2007): S.91

16 vgl. Scheitza (2007): S.91

17 Leiprecht (2002): S.87

18 Knapp-Potthoff (1997): S.196

19 vgl. Simon-Hohm, (2002): S. 149

Wissens, seiner Anwendbarkeit und um Eingebunden-Sein in Verhältnisse der Macht und Ungleichheit.

Interkulturelle Sozialarbeit

Migrant/innen sind aufgrund besonderer psychosozialer Belastungen, die sich aus ihrer ökonomischen, politischen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Lebenslage ergeben, potenzielle Klient/innen der Sozialarbeit. Sozialarbeit mit Migrant/Innen bewegt sich in der Spannung zwischen Zielgruppenorientierung und Zielgruppenüberwindung. Zielgruppenorientiert wird es als notwendig erachtet, Migrant/innen als Repräsentant/innen des „Fremden“ an sich pädagogisch und sozialarbeiterisch anzusprechen, was interkulturelle Kompetenz nötig mache. Zielgruppe der interkulturellen Sozialarbeit sind Einheimische und Migrant/innen und deren Beziehung zueinander. Das „inter“ hebt diese Beziehung hervor.²⁰ Interkulturelle Sozialarbeit basiert auf dem Hintergrund, dass Migrant/innen nicht nur Klient/innen migrationspezifischer Einrichtungen sind, sondern in allen Handlungsfeldern der Sozialarbeit als Hilfe- und Ratsuchende vertreten sind. Daher ist interkulturelle Kompetenz keine Sonderkompetenz für Sozialarbeiter/innen in migrationspezifischen Einrichtungen, sondern eine Querschnittskompetenz der Sozialarbeit in all ihren Tätigkeitsbereichen.

Interkulturelle Sozialarbeit ist allerdings keine Synergieformel, mit der Differenz aufgelöst wird. Interkulturelle Sozialarbeit bedeutet Sozialarbeit mit Migrant/innen in erweiterter Perspektive. Auch bei interkultureller Sozialarbeit bleiben Migrant/innen Migrant/innen und somit bleibt auch eine gewisse Zielgruppenorientierung aufrecht erhalten. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang m.E. die Perspektive: Habe ich primär eine etwaige kulturelle Andersartigkeit von Migrant/innen im Blick oder die jeweils einmalige Biographie und die Lebenswelt und potentielle soziale Probleme jenseits von Kultur?

Bezüglich des schwerpunktmäßigen Aufgabenbereichs interkultureller Sozialarbeit herrschen zwei Ansätze vor:

- Der erste Ansatz betont als zentrale Aufgabe, ein akzeptables Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten in einer dauerhaft multikulturellen Gesellschaft zu ermöglichen. Ziel ist es, zur Integration von Migrant/innen in die Lebensbezüge des Einwanderungslandes beizutragen, wobei Integration als zweiseitige Aufgabe verstanden

wird: Migrant/innen sollen u.a. die Sprache, die Regeln und Gesetze des Einwanderungslandes kennenlernen und sich zu eigen machen, und die Aufnahmegesellschaft den Migrant/innen gesellschaftliche Partizipation ermöglichen und einen Raum schaffen, in dem sie ihre eigene Kultur leben können.²¹ In diesem Sinn soll interkulturelle Sozialarbeit dazu beitragen, die Abschottung zwischen den Gruppen aufgrund kultureller Unterschiede zu überwinden. Der Schwerpunkt dieses Ansatzes liegt also auf den kulturellen Unterschieden, die zur Erklärung von sozialen Problemen und Konflikten dienen.

- Der zweite Ansatz geht von strukturellen Ungleichheiten aus. Kritisiert wird am ersten Ansatz eine potentiell damit verbundene Verschleierung bestehender Machtunterschiede und die Unterbewertung politischer, ökonomischer, rechtlicher und sozialer Ungleichheit und Diskriminierung: Es geht *„vor allem darum, Rechtssicherheit, Rechtsgleichheit, soziale Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich herzustellen und zu gewährleisten, und zwar für die gesamte Wohnbevölkerung – unabhängig von ihrer kulturellen Herkunft und Prägung. Dieser Tatbestand wird oft vergessen... So besteht relativ große Bereitschaft, Immigranten nichtdeutscher Nationalität ihre kulturelle Eigenart zuzugestehen, quasi als Ersatzleistung seitens der Aufnahmegesellschaft dafür, dass ihnen die vollen demokratischen Bürgerrechte vorenthalten bzw. deren Erwerb sehr schwer gemacht werden.“*²²

In diesem Sinn beschreibt Castro-Varela interkulturelle Kompetenz als kompetentes Handeln in Verhältnissen von Macht und Ungleichheit. Interkulturelle Kompetenztrainings müssen soziale Gerechtigkeit postulieren und Teilnehmende in die Lage versetzen, „Verhältnisse, Ausgrenzungsprozesse und Stigmatisierungsphänomene zu erkennen und zu skandalisieren [...] Dabei geht es um das Transparentmachen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und weniger um ein Kennenlernen der ‚Anderen.‘“²³

Beide Ansätze spiegeln ein Konstitutivum professioneller Sozialer Arbeit wieder – das Aushalten von Ambivalenzen und Unsicherheiten: die Spannung zwischen wissenschaftsbegründeten Typisierungen und der Eigenlogik eines Falls, das Doppelte bzw. Triple-Mandat zwischen Hilfe, Kontrolle und Professionsethik und die Thematisierung und Dethematisierung

²⁰ vgl. u.a. Bachinger/Schenk (2012): S.34-44; Eppenstein (2008): S.59f, 83f; S.159

²¹ vgl. Mecheril (2002): S.24; Auernheimer (2002):S.35

²² vgl. Derrida (1967)

²³ Mecheril (2002): S.32

von Kultur, eine Balance zwischen „Kulturverniedlichung“ und „Kulturübertreibung zu halten, ohne die Vulnerabilitätsrisiken in Verbindung mit Migration zu leugnen. Die Herausforderung besteht darin, die Produktivität der Spannungsverhältnisse zu erspüren in den Ambivalenzen von Zuwarten und Intervenieren, Konfrontieren und Akzeptieren, Neutralität und Parteilichkeit, Besonderheiten zu entsprechen, sie im Bedarfsfall aber auch zu problematisieren.

Aufgabe Interkultureller Sozialarbeit ist die Verhinderung, Linderung und Bewältigung sozialer Probleme von Einzelnen, Gruppen und Gemeinwesen in Migrationskontexten. Das bedeutet in erster Linie die Ermöglichung bzw. Erhöhung von nicht vorhandenen bzw. nicht zugänglichen Handlungsoptionen, die Steigerung von Partizipationsmöglichkeiten und Verwirklichungschancen. In diesem Zusammenhang spielt der politische Auftrag der Sozialarbeit eine wesentliche Rolle, wie es u.a. der Code of Ethics der International Federation of Social Work formuliert: *„SozialarbeiterInnen haben die Pflicht, ihre Auftraggeber, Entscheidungsträger, Politiker und die Öffentlichkeit auf Situationen aufmerksam zu machen, in denen Ressourcen unangemessen sind oder in denen die Verteilung von Ressourcen, Maßnahmen und Praktiken unterdrückend, ungerecht oder schädlich ist.“*

In diesem Sinne ist interkulturelle Sozialarbeit aufgefordert, bei der Analyse von Ursachen sozialer Probleme in interkulturellen Kontexten und deren Verhinderung bzw. Bewältigung ihr Augenmerk auf strukturelle, gesellschaftlich bedingte Faktoren zu legen, diese öffentlich zu machen und so zu versuchen, auf gesellschaftspolitische Verhältnisse, die die Problemlage ihrer Klientel mitbedingen, Einfluss zu nehmen und Sozialpolitik mitzugestalten.

Christian Stark
FH Oberösterreich

Literatur

- Auernheimer, Georg (1999): Notizen zum Kulturbegriff unter dem Aspekt interkultureller Bildung, in: Gemeinde, Marion/Schröer, Wolfgang/Sting, Stefan (Hg.): Zwischen den Kulturen. Pädagogische und sozialpädagogische Zugänge zur Interkulturalität, Weinheim/München, S. 27-36
- Auernheimer, Georg (2002): Interkulturelle Kommunikation, in: Auernheimer, Georg (Hg.): Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität, Wiesbaden, S. 35-61
- Bernfeld, Siegfried (1925): Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung, Leipzig/Wien/Zürich
- Böhnisch, Lothar (2012): Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung, 6. Auflage, Weinheim/Basel
- Castro Varela, Maria do Mar (2007): Interkulturelle Kompetenz, Integration und Ausgrenzung, in: Otten, Matthias/Scheitza, Alexander/Cnyrim, Andrea (Hg.): Interkulturelle Kompetenz im Wandel, Frankfurt, S.155-170.
- Derrida, Jacques (1967): De la grammatologie, Paris
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2002): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Frankfurt am Main
- Eppenstein, Thomas/Kiesel, Doron (2008): Soziale Arbeit interkulturell: Theorien- Spannungsfelder – reflexive Praxis, Stuttgart
- Filtzinger, Otto (1995): Soziales Netz mit großen Löchern. Soziale Dienste für Migranten – Anspruch und Wirklichkeit, in: Endstation Sehnsucht? Dokumentation der Fachtagung zu neuen Perspektiven in der Sozialarbeit mit Migrantinnen, Berlin, S. 25-46
- Freise, Josef (2005): Interkulturelle Soziale Arbeit. Theoretische Grundlagen – Handlungsansätze – Übungen zum Erwerb Interkultureller Kompetenz, Schwalbach
- Knapp-Potthof, Annelie (1997): Interkulturelle Kommunikationsfähigkeit als Lernziel, in: Knapp-Potthof, Annelie/Liedke, Martina: Aspekte interkultureller Kommunikationsfähigkeit, München, S. 181-205
- International Federation of Social Work (2004): Code of Ethics, Adelaide, www.sozialarbeit.at (30.9.2012)
- Leiprecht, Rudolf (2002): Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation aus der Sicht von Arbeitsansätzen in pädagogischen Handlungsfeldern. In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit (IZA). Heft 3-4, Frankfurt am Main, S. 87-91
- Leiprecht, Rudolf (2004): Kultur- was ist das eigentlich? Arbeitspapiere IBKM, Heft 7, Oldenburg
- Mecheril, Paul (2002): „Kompetenzlosigkeitskompetenz“. Pädagogisches Handeln unter Einwanderungsbedingungen, in: Auernheimer, Georg (Hg.): Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität, Wiesbaden, S. 15-34
- Sahin, Reyhan (2012): Die Bedeutung des muslimischen Kopftuchs. Eine kleidungssemiotische Untersuchung muslimischer Kopftuchträgerinnen in der Bundesrepublik Deutschland, Diss., Univ. Bremen
- Scheitza, Alexander (2007): Interkulturelle Kompetenz. Forschungsansätze, Trends und Implikationen für interkulturelle Trainings, in: Otten, Matthias/Scheitza, Alexander/Cnyrim, Andrea (Hg.): Interkulturelle Kompetenz im Wandel, Frankfurt, S. 91-119
- Simon-Hohm, Hildegard (2002): Interkulturelle Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Aufgaben – Konzepte – Kompetenzen, in: Storz Henning/ReiBlandt, Carolin (Hrsg.): Staatsbürgerschaft im Einwanderungsland Deutschland, Opladen, S.145-155
- Thiersch, Hans/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.)(2005): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. 3. Auflage, München/Basel, S. 811-815
- Thole, Werner (Hg.)(2005): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 2. Auflage, Wiesbaden, S. 387-399

„Modernes Europa“ versus „antiquierter Islam“

Studien belegen eine wenig differenzierte Islamdarstellung in europäischen Schulbüchern und Medien. In der Schweiz sind Muslime in den letzten Jahren zu einer Gefahr hochstilisiert worden, wofür – neben dem politischen Kalkül rechtspopulistischer Parteien – gleichfalls eine pauschalierende wie polarisierende mediale Berichterstattung mit verantwortlich zeichnet.

In vielen europäischen Schulbüchern wird der Islam vereinfachend als homogene Einheit dargestellt. Muslime erscheinen als religiöses, vormodernes Kollektiv außereuropäischer „Anderer“, dem ein gleichfalls homogenes, modernes Europa gegenübersteht. Aus dieser Perspektive ist die religiöse Differenz unveränderlich. Betont wird die Konfrontation mit Europa, während Gemeinsamkeiten kaum dargestellt werden.

Dieser Befund ist das Ergebnis der ersten systematischen Analyse von Geschichts- und Politiklehrbüchern aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien und England, die WissenschaftlerInnen des Georg Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig erarbeitet haben. Die Studie wurde im September des Vorjahres im Auswärtigen Amt in Berlin präsentiert. Aufschlussreich sind die Ergebnisse, wenn man bedenkt, dass das in Schulbüchern festgeschriebene, kanonisierte und staatlich approbierte Wissen große Breitenwirkung hat. Schülerinnen und Schüler werden mit diesem besonderen Medium in einer für sie prägenden Lebensphase gezwungenermaßen konfrontiert.

Dazu die Direktorin des Georg-Eckert-Instituts, Simone Lässig: „Es liegt uns fern, pauschale Schulbuchschelte zu betreiben. Wir finden es aber wichtig, in der Öffentlichkeit für eingefahrene Wahrnehmungsweisen, in diesem Fall von Muslimen und Islam, zu sensibilisieren. Sie werden auch durch Schulbücher,

oft über Generationen hinweg, unreflektiert weiter getragen.“

Polarisierende Auffassung

Die Analyse der Braunschweiger Forscher ergibt zudem, dass zwischen dem Islam als Religion und muslimisch geprägtem kulturellen und politischen Alltagsleben ebenso wenig unterschieden wird wie zwischen den vielfältigen Ausprägungen des Islam etwa in der Türkei, der arabischen Welt oder Indonesien. Aktuelle Schulbuchdarstellungen würdigen zwar die zivilisatorischen Beiträge des arabisch-islamischen Mittelalters, bringen aber die grundsätzlich polarisierende Auffassung nicht ins Wanken. Sie suggerieren vielmehr, dass muslimisch geprägte Gesellschaften seit dieser Blütezeit in kulturellem Stillstand verharren. Mit Blick auf die Beziehungen Europas zur muslimischen Welt stellte die deutsche Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, bei der Präsentation der Studie fest: „Die auch in modernen europäischen Schulbüchern weiterhin enthaltenen vereinfachenden Darstellungen des Islam stehen einem glaubwürdigen interkulturellen Dialog mit der muslimisch geprägten Welt im Weg.“

„Die auch in modernen europäischen Schulbüchern weiterhin enthaltenen vereinfachenden Darstellungen des Islam stehen einem glaubwürdigen interkulturellen Dialog mit der muslimisch geprägten Welt im Weg.“

Cornelia Pieper

Eine weitere Konsequenz ist, dass Schulbücher nicht geeignet sind, einen islamophoben politischen Populismus zu entkräften, der Menschen muslimischer Religionszugehörigkeit in Europa zu Außenseitern erklärt und sie zur Zielscheibe mehr oder minder offener Ablehnung macht. Susanne Kröhnert-Othman, eine der Autorinnen der Studie, plädierte deshalb u.a. für

die Revision von Kapiteln zum Thema „Migration“. „Hier sollte vermieden werden“, so Kröhnert-Othman, „Muslime als Sondergruppe außereuropäischer Zuwanderer zu präsentieren, deren mitgebrachte Traditionen per se eine Integration in europäische Einwanderungsgesellschaften verhindern.“ Cornelia Pieper ergänzte: „In dem Maße, wie es gelingt, Türen in andere Welten, Kulturen und Religionen zu öffnen und Brücken zu anderen Menschen zu bauen, werden wir gemeinsam zum friedlichen Miteinander in der Welt beitragen können.“

Muslime in Europas Medienlandschaft

Die Islamdarstellung in den Schulbüchern unterscheidet sich allerdings nicht wesentlich von jener in den

Medien. Fast 90 Prozent der befragten Muslime fühlen sich von den etablierten Medien in Deutschland und Großbritannien nicht repräsentiert. Sie beklagen eine stereotype Darstellung der Muslime und ein respektloses mediales Bild des Islam. Rund 60 Prozent der Befragten in Deutschland fühlen sich durch Berichte über Islamfeindlichkeit bedroht. Dennoch ist die Vorstellung einer „parallelen Mediengesellschaft“ nicht angemessen. Vielmehr erscheinen Muslime mit Migrationsgeschichte mehrheitlich als kritische Mediennutzer, die bei Bedarf die Berichterstattung deutschsprachiger Medien mit der von anderssprachigen Medien vergleichen, um sich ihre eigene Meinung zu bilden. Dies sind die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojekts *„Muslime in der europäischen Medienlandschaft“* des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld und der Keele University in Großbritannien.¹

Vor dem Hintergrund, dass die Gesellschaften in Europa kulturell vielfältiger werden und sich auch die europäische Medienlandschaft verändert, untersuchten die WissenschaftlerInnen, wie Medienproduktion und Mediennutzung sowie die Beziehungen gesellschaftlicher Gruppen zusammenhängen. Die ForscherInnen führten dafür Interviews mit deutschen und britischen JournalistInnen. Neben einer nicht repräsentativen Online-Befragung in beiden Ländern wurden sogenannte Fokusgruppen mit muslimischen und nicht-muslimischen MediennutzerInnen gebildet.

In dem Forschungsprojekt ging es unter anderem darum, ob sich aktuell parallele oder getrennte Mediengesellschaften entwickeln – und dies besonders mit Blick auf muslimische Gemeinschaften. „Wir haben daher erforscht, wie sich die Mediennutzung von Muslimen von der Nutzung von Nicht-Muslimen unterscheidet“, sagt Andreas Zick vom IKG Bielefeld.

„Handlungen von Personen mit muslimischer Zugehörigkeit werden oft ungerechtfertigt mit ihrer Religion verknüpft.“

Jörg Heeren

Ein Ergebnis: Ein Großteil der in Fokusgruppen befragten Personen muslimischen Glaubens nutzen sowohl deutsch- als auch anderssprachige Medien. Sie beschreiben die Nutzung von Medien aus verschiedenen Kulturen als Bereicherung, weil sie so etwa verschiedene Sichtweisen auf ein Thema erhalten. „Es gibt in unserer Studie damit keinen Befund für eine parallele oder abgeschottete Mediengesellschaft von Muslimen in Deutschland“, so Zick.

Befragte fühlen sich von Mainstream-Medien nicht repräsentiert

Wie die Online-Befragung der ForscherInnen zeigt, bleiben dennoch Mainstream-Medien, also Sender, Zeitungen und Internetangebote, die sich an die breite Masse wenden, für die Mehrheit der Muslime und

Nicht-Muslime in Deutschland und Großbritannien die wichtigste Nachrichtenquelle. Das erscheint verwunderlich – denn fast keiner der muslimischen Befragten in Deutschland fühlt sich von etablierten Medien repräsentiert (87,6%). In Großbritannien ist es mit 85,7

Prozent ähnlich. Vielmehr haben die Mehrheiten der muslimischen Befragten in beiden Ländern den Eindruck, dass Muslime in den Mainstream-Medien stereotyp dargestellt werden (89,7% in Deutschland, 95,3% in Großbritannien). Professor Zick folgert: „Medien sind bedrohlich für Muslime, wenn Journalisten über sie schreiben, sie filmen oder mit ihnen reden.“ Das bestätigt auch die Online-Erhebung. 58,7 Prozent der muslimischen Befragten in Deutschland fühlen sich „durch Berichte über Islamophobie“ bedroht und 77,3 Prozent von ihnen meinen, die Medien behandeln den Islam respektlos.

Wie die Studienergebnisse zeigen, glauben muslimische MediennutzerInnen an die Macht der dominanten Mainstream-Medien. Mehr als 70 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Mainstream-Berichterstattung die Beziehungen zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen positiv beeinflussen kann. In den Interviews mit Journalistinnen und Journalisten gaben diese an, dass sie sich schon jetzt bemühen würden, Klischees, Stereotypen und Vorverurteilungen zu vermeiden und auf eine differenzierte Darstellung zu achten. Dennoch mahnen sie selbst an, dass Menschen mit muslimischem Hintergrund in der Berichterstattung nuancierter dargestellt werden müssen. So bedauern sie, dass in Berichten oft die religiöse

¹ Am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld werden Analysen zu unterschiedlichen Formen, Ausmaßen und Ursachen von Konflikten und Gewalt durchgeführt. Interdisziplinäre Zugänge beleuchten verschiedene Seiten von ethnischen, religiösen und kulturellen Konflikten und Gewalt. So werden die komplexen Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen, etwa der sozialen Desintegration, sozialpsychologischen Mechanismen, kollektiven Akteursgruppen und sozialräumlichen Kontexten betrachtet.

Zugehörigkeit von Personen in den Vordergrund gestellt werde – obwohl in vielen Fällen die nationale Herkunft oder die soziale Schicht bedeutsamer wären. „Handlungen von Personen mit muslimischer Zugehörigkeit werden demnach oft ungerechtfertigt mit ihrer Religion verknüpft“, resümiert der Bielefelder Medienwissenschaftler Jörg Heeren.

Öffentliche Wahrnehmung der muslimischen Minderheit in der Schweiz

Wie werden Menschen muslimischen Glaubens in der Schweiz wahrgenommen? Dieser Frage sind Patrik Ettinger und Kurt Imhof vom Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms „Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft“ (NFP 58) nachgegangen.² Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass MigrantInnen muslimischen Glaubens in der öffentlichen Diskussion – ähnlich wie in anderen Ländern – oft pauschal als Muslime wahrgenommen und – obwohl keineswegs fundamentalistisch – als Bedrohung für die Schweiz dargestellt werden. Dabei stammen sie aus so unterschiedlichen Ländern wie der Türkei, Mazedonien oder Marokko, praktizieren ihre Religion auf verschiedene Weise und sehen sich in erster Linie als Angehörige einer bestimmten ethnischen Gruppe, also als Türken, Mazedonierinnen oder Marokkaner.

Wie ist es zu dieser Pauschalisierung und Problematisierung gekommen? Die beiden Soziologen konzentrierten sich auf die mediale und politische Öffentlichkeit: Sie untersuchten inhaltsanalytisch überregionale Tages- und Wochenzeitungen sowie die Fernseh-Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „10vor10“ ab den 1960er Jahren bzw. ab 1998 daraufhin, ob und in welchem Umfang Muslime Gegenstand der Berichterstattung waren. Zusätzlich analysierten sie parlamentarische Vorstöße und Wortmeldungen sowie deren Wiedergabe in den Medien.

Als Religionsgruppe waren die Muslime lange Zeit kaum ein öffentliches Thema. Breite Resonanz fanden sie in den Medien erstmals 1979 mit der Iranschen Revolution. Allerdings wurde diese aufgrund der Renaissance des Kalten Krieges in der Perspektive des Ost-West-Konflikts gedeutet. Dessen Bedeutung zeigt sich auch daran, dass in der Berichterstattung über den Afghanistankrieg die Religion kaum thematisiert wurde. Noch weniger ein Thema war der Islam innenpolitisch – obwohl ab den 1960er-Jahren Ar-

² Eine Kurzfassung der Studie steht auf der Website des Schweizerischen Nationalfonds (www.snf.ch) zur Verfügung.

beitsmigrantInnen aus der Türkei und Jugoslawien in die Schweiz kamen. Die Religionszugehörigkeit dieser Einwanderer spielte keine Rolle. „Das heißt nicht, dass die Einwanderer immer wohlwollend thematisiert worden wären“, sagt Patrik Ettinger. Aber Probleme wurden eher auf ethnische Merkmale zurückgeführt als auf die Religion.

Das änderte sich nach den Terroranschlägen vom September 2001 in den USA. „Allerdings differenzierten die Medien vorerst klar zwischen dem islamistischen Terror im Ausland und den als friedfertig und integriert dargestellten Muslimen im Inland“, sagt Ettinger. Die Wende kam ab 2004: Mit den Anschlägen in Madrid und London (2005) sowie mit dem Streit um die Mohammed-Karikaturen (2006) etablierte sich in der öffentlichen Kommunikation der ideelle Gehalt der These eines „clash of civilizations“ von Samuel P. Huntington.

Die Schaffung einer muslimischen Minderheit

Nun wurde die Wahrnehmung des Islam als Teil internationaler Konflikte und Kriege zunehmend pauschalisierend auf die Muslime in der Schweiz übertragen. Geschürt wurde diese Perspektive vor allem von der rechtskonservativen SVP, wie die Analyse der Medien ergab. Sie betonte in Inseraten und Plakaten neben der ethnischen immer mehr die religiöse Herkunft muslimischer MigrantInnen – etwa in der Abstimmungskampagne zur erleichterten Einbürgerung von Ausländern der zweiten und dritten Generation 2004. VertreterInnen der anderen Parteien und die Medien kritisierten die Kampagnen zwar als provokativ und rassistisch. Doch eine inhaltliche Auseinandersetzung fand kaum statt. „Das trug dazu bei, dass in der öffentlichen Kommunikation eine muslimische Minderheit in der Schweiz geschaffen werden konnte“, sagt Ettinger.

Im Rahmen der Debatte um die Minarettinitiative³ nahm die Berichterstattung über diese Minderheit immer pauschalisierendere und negativere Formen an: Die Muslime wurden immer öfter kollektiv als beispielsweise „gewalttätig“ oder „unaufgeklärt“ beschrieben. 2006 war etwa ein Drittel aller Typisierun-

³ Im November 2009 haben die Schweizer in einer Volksabstimmung mehrheitlich gegen den Bau von Gebetstürmen auf Moscheen votiert. Zwei rechtspopulistische Parteien, die Schweizer Volkspartei (SVP) und die Eidgenössische Demokratische Union (EDU), hatten die Initiative auf den Weg gebracht. Mit Ausnahme der SVP hatten sich sämtliche etablierte Parteien der Schweiz gegen das Minarettverbot ausgesprochen. Auch die Regierung in Bern hatte den Stimmberechtigten empfohlen, mit Nein zu votieren.

gen von Muslimen in den untersuchten Medien pauschalisierend und negativ. Bis 2009 stieg dieser Anteil auf rund die Hälfte. Das liege vor allem auch daran, dass Medien extremen, provokanten Positionen mehr Platz einräumten, sagt Ettinger.

Bei der Berichterstattung über die Minarettinitiative zeigte sich dies besonders krass. Obwohl die meisten Parteien gegen die Initiative waren, erhielten sie in den Medien drei Mal weniger Resonanz als die BefürworterInnen mit ihren provozierenden Positionen. „Das liegt auch daran, dass sich die Gegner im Vergleich deutlich weniger engagierten“, sagt Ettinger.

Stereotypen aus der Kolonialzeit

Wie gut sind afrikanische Profifußballer in Deutschland integriert? Welche Rolle spielt dabei der sportliche Erfolg, und welchen Einfluss haben tradierte Afrika-Klischees auf die öffentliche Wahrnehmung? Mit diesen Fragen befasst sich eine neue Forschungsarbeit von Christian Ungruhe, der als Sozialanthropologe an der Universität Bayreuth tätig ist.

Afrikanische Profifußballer in Deutschland werden von Fußballfans und in der breiten Öffentlichkeit oft bewundert, nach siegreichen Turnieren sogar als Stars gefeiert. Hingegen ist der offen ausgedrückte Rassismus in den Fußballstadien während der letzten 15 Jahre spürbar zurückgegangen. Insofern scheinen Profifußballer aus Afrika, vor allem wenn sie in der deutschen Bundesliga spielen, in die Gesellschaft gut integriert zu sein.

Dennoch ist ihr Bild in der Öffentlichkeit bis heute von Stereotypen geprägt, deren Wurzeln bis in die Kolonialzeit zurückreichen. Oftmals wird den Spielerpersönlichkeiten aus Afrika, in bewusster Abgrenzung zu ‚weißen‘ europäischen Fußballern, eine in ihrem Wesen liegende Andersartigkeit zugeschrieben – selbst dann, wenn sie sich in ihren deutschen Vereinen zu beliebten Stammspielern entwickelt haben.

Als Vertreter der Gegenposition kamen deshalb meist die Muslime selbst zu Wort. Die beiden Zürcher Wissenschaftler folgern, dass die Medien es nicht geschafft haben, eine differenzierte öffentliche Diskussion über die Vorlage zu vermitteln. (hs)

Quellen: Georg Eckert-Institut, 15.09.2011; Presse- und Informationsdienst des Schweizerischen Nationalfonds SNF, 06.07.2011; Universität Bielefeld, 30.05.2012; www.spiegel.de, 29.11.2009

Zu diesen Ergebnissen kommt der Bayreuther Sozialanthropologe Christian Ungruhe in einer Untersuchung, die sich mit der Lebenssituation afrikanischer Fußballer in Deutschland befasst. Seine Studie ist Teil des Projekts „Fußballmigration – ein Traum von Europa und seine Wirkung auf das deutsche Ausländerbild“, das im Rahmen des Bayerischen Forschungsverbunds Migration und Wissen (ForMig) initiiert wurde.

„Ballverliebt und grazil“

Als verspielt und taktisch wenig ausgereift, als ballverliebt und grazil, als Ausdruck einer natürlichen afrikanischen Lebensfreude wird die Spielweise afrikanischer Profifußballer häufig beschrieben – nicht nur von Fußballfans und Sportmedien, sondern auch von Trainern und Sportfunktionären. „Ich habe mit zahlreichen Fußballspielern aus Afrika gesprochen“, berichtet Ungruhe. „Sie alle haben wiederholt die Erfahrung gemacht, dass europäische Fußballclubs ihnen eine stärkere taktische Disziplin vermitteln wollen. Dabei spielen offenbar auch Klischees von einer kraftvollen, aber naiven afrikanischen Ursprünglichkeit eine Rolle.“ Einige finanzkräftige Clubs haben in Afrika sogar eigene Akademien eingerichtet, um frühzeitig talentierte Nachwuchsspieler zu entdecken und zu fördern. Auch dort zielt das Training, wie deren Leiter im Interview bestätigten, insbesondere darauf ab, „spielerische Ballverliebtheit“ durch strategische Spielplanung und taktische Disziplin zurückzudrängen.

Derartige Ausbildungsziele stehen allerdings in einer Traditionslinie, die bis in die Kolonialzeit zurückführt. Vor allem seit den 1920er Jahren haben Kolonialverwalter und christliche Missionare den Sport eingesetzt, um die jungen, vermeintlich unzivilisierten Afrikaner im Team zu disziplinieren. Von derartigen



Sozialforscher Christian Ungruhe mit ghanaischen Fußballspielern in Nairobi, wo sie auf ein Probetraining bei professionellen Clubs hoffen.
Foto: Christian Ungruhe

Vorstellungen haben sich die afrikanischen Staaten seit ihrer Unabhängigkeit entschieden distanziert. Mit Nachdruck fördern sie heute in ihren nationalen Fußballteams Spielintelligenz und Technik – in bewusster Abgrenzung zu blinder Mannschaftsdisziplin, aber auch zu einer taktisch unausgereiften, scheinbar natürlichen Spielweise. „In Europa wird zu wenig beachtet, dass afrikanische Profivereine dazu übergegangen sind, ihre Nachwuchstalente gezielt auf die international etablierten Standards im Profifußball vorzubereiten“, meint Ungruhe. „Auch dies ist ein Ausdruck der Globalisierung im Sport.“

Umwertung tradierter Klischees

Afrikanische Profifußballer erleben ihre Integration in Deutschland durchaus als ambivalent. Denn einerseits hängt ihre Karriere wesentlich davon ab, dass sie sich sogenannte ‚europäische Fußballtugenden‘ wie Teamgeist und ausgereifte Taktik aneignen. Andererseits aber spüren sie, dass Stereotype wie ‚Ursprünglichkeit‘ und ‚natürliche Spielfreude‘ weiterhin in Kraft bleiben. Mehr noch: Derartige Eigenheiten werden vor allem dann, wenn die Fußballer sich zu beliebten Stars entwickeln, als afrikanische Spezialitäten bewundert. Ein Paradox: Je erfolgreicher die Fußballtalente aus Afrika in ihre Vereine und in die deutsche Gesellschaft integriert sind, umso mehr werden sie aufgrund ei-

ner vermeintlichen Exotik wertgeschätzt. Klischees, die sich seit der Kolonialzeit in diskriminierender Absicht gegen Menschen in Afrika richten, werden durch Integrationserfolge nicht beseitigt, sondern erfahren eine positive Umwertung.

Manche Profifußballer befördern diesen Prozess zusätzlich dadurch, dass sie sich in den Medien mit einer exotisch anmutenden Ästhetik präsentieren. Ungruhe spricht in solchen Fällen von einer „Selbstcharismatisierung“ und fragt kritisch: „Kann man tatsächlich von gelungener Integration sprechen, wenn herkömmliche Afrika-Klischees derart wirkmächtig bleiben?“

Unterschiede zwischen Profi- und Amateurfußball

Wie die Studie zeigt, hängt es insbesondere vom sportlichen und ökonomischen Erfolg ab, wie die deutsche Öffentlichkeit auf afrikanische Fußballer reagiert. Profifußballer in deutschen Erstligaklubs werden als Stars gefeiert, sie gelten geradezu als ‚Vorzeigemigranten‘. Zu dieser Entwicklung hat nicht zuletzt die wachsende Zahl afrikanischer Fußballer beigetragen,

die in der Bundesliga als erfolgreiche Leistungsträger agieren. Seit der Saison 2006 / 2007 ist es rechtlich möglich, dass im deutschen Profifußball beliebig viele Nicht-EU-Ausländer eingesetzt werden. In der Rückrunde der Saison 2011 / 2012 spielten 33 Afrikaner aus 17 Ländern bei zwölf deutschen Erstligavereinen; in der 2. Bundesliga waren zu diesem Zeitpunkt ebenfalls 33 afrikanische Fußballer aktiv.

Sportverbände, Faninitiativen und Vereine im Profibereich setzen sich schon seit längerem aktiv dafür ein, rassistische Anfeindungen zu bekämpfen. Hingegen sind derartige Initiativen im Amateurbereich seltener anzutreffen. Insbesondere deshalb haben sich rassistische Beleidigungen und Übergriffe in den letzten 15 Jahren „weitgehend vom Profi- in den Amateurbereich verlagert“, meint Ungruhe. In abgeschwächter Form seien sie aber „in allen Fanszenen weiterhin anzutreffen.“

Quelle: Christian Wißler: Afrikanische Profifußballer in Deutschland: integriert und doch andersartig ausgegrenzt? Pressemitteilung der Universität Bayreuth, 04.06.2012

AfrikanerInnen in China

China und Afrika sind immer stärker durch wirtschaftliche und politische Kooperationen verbunden. Diese Entwicklung spiegelt sich in der wachsenden Zahl von Menschen aus Afrika wider, die in China leben und arbeiten. Adams Bodomo, Professor für Linguistik und Afrikastudien an der Universität Hongkong, hat das Leben von Afrikanern in China erstmals systematisch untersucht.¹

Von 2001 bis 2006 hat Professor Bodomo an seiner Untersuchung gearbeitet. Diese stützt sich auf Fragebogen-Aktionen und vertiefende Interviews sowie auf ein Netzwerk persönlicher Kontakte mit nahezu 1.000 Afrikanern in verschiedenen Regionen Chinas. Wie viele Afrikaner heute insgesamt in China leben, lässt sich amtlichen Statistiken nicht entnehmen. Bodomo schätzt ihre Zahl, auch mithilfe von Extrapolationen, auf etwa eine halbe Million.

Davon leben rund 100.000 in der Metropole Guangzhou, wo mehrere Tausend multinationale Unternehmen angesiedelt sind; weitere Zentren der afrikanischen Diaspora sind Hongkong, Macao, Yiwu, Shanghai und Peking. Mit dem Begriff „Afrikaner in China“ werden in der Studie alle in China lebenden BürgerInnen afrikanischer Länder bezeichnet, aber auch weitere Personen, wenn sie aufgrund verwandtschaftlicher oder kultureller Bindungen von sich sagen, dass sie afrikanischer Herkunft sind.

Sechs chinesische Metropolen als Zentren der Einwanderung

Die weitaus größte Gruppe bilden die 300.000 bis 400.000 Händler, die auf den Märkten in den chinesischen Metropolen ihr Glück suchen. Davon zu unterscheiden sind 10.000 bis 20.000 Geschäftsleute, die als Vertreter etablierter Unternehmen nach China kommen. Bei den meisten wirtschaftlichen Aktivitäten geht es darum, Waren in China günstig einzukaufen, um sie gewinnbringend nach Afrika zu exportieren. Die Zahl der afrikanischen Studierenden in China schätzt Bodomo auf 30.000 bis 40.000. Hinzu kommen 4.000 bis 5.000 „Professionals“, beispielsweise

Professoren, Lehrer, Sportler und Regierungsvertreter.

Ausführlich arbeitet die Studie demographische und kulturelle Eigenheiten der sechs Metropolen heraus, in denen die meisten der nach China eingewanderten AfrikanerInnen zuhause sind. Während in Yiwu besonders viele NordafrikanerInnen leben, ist in Guangzhou der Anteil der WestafrikanerInnen signifikant hoch. In diesem expandierenden Wirtschaftszentrum gibt es heute eine lebendige, von Popmusik und Tanz geprägte afrikanische Kulturszene. Im täglichen Geschäftsleben hat sich zwischen AfrikanerInnen und ChinesInnen eine weitgehend non-verbale Kommunikation eingespielt, die Bodomo als „Calculator Communication“ bezeichnet. Taschenrechner, Gesten, Körpersprache und wenige chinesische bzw. englische oder französische Ausdrücke genügen, um erfolgreich miteinander Handel zu treiben.

Der Einfluss der kolonialen Vergangenheit ist besonders in Macao, der früheren portugiesischen Kolonie, ausgeprägt. Die meisten der hier lebenden Einwanderer aus Afrika stammen aus portugiesischsprachigen Ländern wie Angola und Mozambique. Sie bilden, wie Bodomo zeigt, die am besten organisierte afrikanische „Community“ in China.

Zahlreiche Hürden für die Integration

Hinsichtlich der sozialen und kulturellen Integration ergeben die Befragungen ein weitgehend einheitliches Bild: AfrikanerInnen in China wollen ungehindert, unbehelligt und möglichst erfolgreich ihren Geschäften nachgehen, dies ist ihr hauptsächliches Interesse. Daneben besuchen sie Sportereignisse, Gottesdienste und kulturelle Veranstaltungen, bei denen sich auch Kontakte zur chinesischen Bevölkerung ergeben können. An einer vertieften Integration in die chinesische Mehrheitsgesellschaft sind sie jedoch im Allgemeinen nicht interessiert. Einen Grund hierfür sieht Bodomo darin, dass es in China keine klar geregelten Verfahren zur Einbürgerung gibt. Die Regierung und die Medien tun sich schwer damit, Immigration überhaupt als solche anzuerkennen. Sie vermeiden den Begriff „Migranten“ und sprechen fast ausschließlich von Händlern, Studierenden, Reisenden – oder gelegentlich auch von „Freunden“.

Auch infolge persönlicher Erfahrungen mit staatlichen ‚Ordnungshütern‘ sind AfrikanerInnen in China kaum daran interessiert, engere Kontakte zu ChinesInnen zu knüpfen. Unfreundliches, misstrauisches oder sogar respektloses Verhalten seitens der Polizei und der Einwanderungsbehörden ist, wie zahlreiche Interviews erkennen lassen, keine Seltenheit. Manche

¹ Veröffentlichung: Adams Bodomo, *Africans in China: A Sociocultural Study and Its Implications on Africa-China Relations*. Amherst/New York (Cambria Press), 2012

afrikanische Gesprächspartner äußerten in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass ChinesInnen in Afrika freier leben und besser behandelt würden. Andererseits jedoch begegnen viele ChinesInnen den afrikanischen Einwanderern mit aufgeschlossener und freundlicher Neugier. Eine liberalere staatliche Einwanderungspolitik, die den ImmigrantInnen mehr Vertrauen entgegenbringt, könnte nach Einschätzung von Bodomo dazu führen, dass AfrikanerInnen stärker dazu bereit sind, sich in die chinesische Gesellschaft einzugliedern. Aus seiner Sicht besteht die Chance, dass die in China lebenden AfrikanerInnen sich in ökonomischer, aber auch in politischer Hinsicht zu einer Brücke entwickeln, die ihre Herkunftsländer dauerhaft mit China verbindet.

Für eine Intensivierung der Kontakte hat das „Forum on China–Africa Cooperation (FOCAC)“ schon bei seiner Gründung im Jahr 2000 die Weichen gestellt. Es handelt sich dabei um eine alle drei Jahre stattfindende Konferenz von Führungskräften aus China und 50 afrikanischen Ländern.

Jung, gebildet und mobil

Von weit über 700 AfrikanerInnen hat Adams Bodomo auf der Grundlage von Fragebögen sehr detaillierte

Auskünfte erhalten; mehr als 80 Prozent von ihnen waren Männer. Knapp mehr als die Hälfte ordneten sich als „Businessmen“ ein, weitere 23 Prozent als „Students“. 40 Prozent der Antwortenden waren zwischen 25 und 30 Jahre alt; 20 Prozent zwischen 31 bis 34 Jahre. 93 Prozent aller Antwortenden hatten mindestens einen sekundären Schulabschluss (High School / Secondary School). 39 Prozent konnten einen Hochschulabschluss vorweisen, 19 Prozent darüber hinaus einen Postgraduiertenabschluss. D.h. die Befragten sind überwiegend jung und gut gebildet.

Auffällig ist, dass 32 Prozent erklärten, sie seien erst vor einem Monat oder später nach China gekommen. 21 Prozent wiederum hielten sich bereits zwischen einem und drei Jahren in China auf. Die meisten AfrikanerInnen, die sich an der Befragung beteiligt haben, stammen aus Westafrika. An der Spitze der Herkunftsländer liegen Nigeria mit 17 und Ghana mit 12 Prozent; dahinter folgen Mali, Guinea und Senegal.

Quelle: Christian Wißler: Afrikaner in China: eine neue Diaspora im 21. Jahrhundert. Pressemitteilung der Universität Bayreuth, 11.06.2012



Professor Adams Bodomo vor einem großen afrikanischen Handelszentrum in Guangzhou.
Foto: Adams Bodomo

Interkulturelle Studien prämiert

Der Augsburger Wissenschaftspreis für Interkulturelle Studien ging heuer an die Kölner Habilitationsschrift von Maren Möhring über die Internationalisierung der Ernährung in der Bundesrepublik. Den Förderpreis erhielt Michaela Brosig für ihre Berliner Magisterarbeit über Lebenswelten und Handlungsstrategien junger Türkinnen im Berliner Stadtteil Neukölln.

Die diesjährige Hauptpreisträgerin des Augsburger Wissenschaftspreises für Interkulturelle Studien, Maren Möhring, hat nach dem Studium der Geschichte, Germanistik und Pädagogik in Hamburg und Dublin an der Universität München im Fach Neuere Geschichte promoviert. Ihre an der Philosophischen Fakultät der Universität Köln vorgelegte Habilitationsschrift *„Ausländische Gastronomie. Migrantische Unternehmensgründungen, neue Konsumorte und die Internationalisierung der Ernährung in der Bundesrepublik Deutschland“* wurde von der neunköpfigen Jury aus 13 Bewerbungen als beste ausgewählt und mit dem mit 5.000 Euro dotierten Hauptpreis des Augsburger Wissenschaftspreises bedacht. „Möhrings Studie besticht durch einen höchst innovativen und phantasievollen Zugriff auf einer enorm breiten und differenzierten Quellenbasis,“ so der Vorsitzende der Jury, Professor Eckhard Nagel, Ärztlicher Direktor des Universitätsklinikums Essen und Leiter des Instituts für Medizinmanagement und Gesundheitswissenschaften der Universität Bayreuth.

Schlager, Spielfilme, Kochrezepte ...

... sind neben einem umfangreichen Schriftkorpus die Quellen der Studie Möhrings. Auch an ihnen lässt sich die zunehmende Internationalisierung unserer Essgewohnheiten aufzeigen. Deren Wandel ist nicht nur der Lebensmittelindustrie und den Massenmedien geschuldet, vielmehr haben Migrantinnen und Migranten aktiv dazu beigetragen, die Konsumlandschaft in Deutschland zu verändern. Gleichmaßen wurde es mit zunehmendem Massentourismus schick, außerhalb des eigenen Heimes zu speisen und die eigene soziale Distinktion und Weltoffenheit durch die Wahl eines ausländischen Restaurants zu betonen. Die italienische Küche war dabei Wegbereiterin einer aus-

ländischen Gastronomie, die mit Eisdielen und Pizzeria südliches Flair vermittelte, das in entsprechenden Schlagern besungen wurde.

Die gutbürgerliche Küche des Balkans hingegen kam in der jungen Bundesrepublik wegen ihrer Fleischlastigkeit bei der Kriegsgeneration sehr gut an. Die Preisträgerin verknüpft den aus dem Jahr 1955 stammenden Streifen „Ich denke oft an Piroshka“ als filmische Fiktion mit der Restaurantrealität und zeigt, dass der Balkan eher als das „unvollkommene Eigene“ konstruiert wurde. In den 1980er Jahren wurde der „Balkan-Grill“ in seiner Beliebtheit dann von der griechischen Taverne abgelöst. Die Filmfigur „Alexis Sorbas“ setzte sich in der als einfach dargestellten Taverne in Szene und trug maßgeblich zu einem neuen Konsumort und einem kulinarischen Griechenlandbild bei.

Speisen, Ethnizität und Zugehörigkeit

Möhring zeigt, wie Speisen und deren Wahrnehmung eingebunden sind in die jeweiligen Diskurse zu Ethnizität und Zugehörigkeit. Das terroristische Netzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ hat auch Betreiber von Döner-Imbissen als Zielscheibe seiner Morde gewählt. Dies verdeutlicht, wie sehr Nahrung ein Symbol kultureller Differenz und ihrer Ablehnung sein kann. Dabei ist der Döner nur vermeintlich ein „fremdes Nationalgericht“: Während er im Bewusstsein vieler Deutscher als traditionelle türkische Speise gilt, ist er in Wirklichkeit ein recht neues Produkt, das es in der Türkei zunächst nicht gab und das erst aus der Kombination eines Tellergerichtes mit einem speziellen Brot, das früher in der Türkei nur anlässlich von Hochzeitsfeiern gereicht wurde, auf dem deutschen Imbissmarkt entstand. Möhring nimmt den Wandel von Konsumgewohnheiten nicht nur unter dem Aspekt der Probleme und Konflikte des täglichen Zusammenlebens zwischen MigrantInnen und Deutschen in den Blick, vielmehr nutzt sie ihn auch, um den kreativen Austausch zu beobachten und zu belegen: „Man versteht an dieser Arbeit, wie der alltägliche Vorgang des Essens transkulturelle Qualität gewinnt und gleichermaßen eine Gesellschaft verändern kann“, meint der Jury-Vorsitzende Nagel.

Lebenswelten junger Türkinnen in Berlin

Die diesjährige Förderpreisträgerin Michaela Brosig, 1982 in Weingarten geboren, lebt heute in Berlin, wo sie Ethnologie und Neuere Geschichte studierte, um sich parallel in feministischen und anti-rassistischen Initiativen zu engagieren. Den Förderpreis erhielt sie für ihre an der Freien Universität Berlin vorgelegte Magisterarbeit mit dem Titel *„Neukölln unlimited? Lebenswelten und Handlungsstrategien junger Frau-*



Die Trägerinnen des Augsburger Wissenschaftspreis für Interkulturelle Studien 2012: Maren Möhring und Michaela Brosig. Fotos: privat

en und Mädchen mit Migrationshintergrund“. Brosigs ethnologische Studien für diese Arbeit waren eingebettet in das Teamforschungsprojekt „Possible Selves, Transitionen und Bildungserfolg. Kindheit und Jugend türkischer Migranten“ am FU-Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie.

Die Suche nach Anerkennung sowohl individueller Wünsche und möglicher Identifikation einerseits und der Wunsch nach der Anerkennung von Differenz andererseits ziehen sich wie ein roter Faden durch die Biographie der jungen Frauen, mit denen Michaela Brosig in Neukölln gearbeitet und geforscht hat. Die Mädchen und jungen Frauen dort leben in einem Berliner Stadtteil, der sowohl von der Politik und den Medien als auch von ihnen selbst als marginalisiert wahrgenommen wird. Zur Verbesserung ihrer eigenen Berufs- und Lebenschancen planen viele, Neukölln zu verlassen. Gleichzeitig ist ihnen dieser Stadtteil jedoch auch ein Ort der Identitätsstiftung und lokalen Verortung. In Deutschland als „Ausländerin“ oder „Türkin“, in der Türkei hingegen als „Almanci“ bezeichnet, verorten sie sich selbst als „Deutschiye“ oder als Neuköllnerin. Weder Deutschland noch die Türkei bieten Heimat und Zugehörigkeit, stattdessen sind es Räume wie die Mädcheneinrichtung, die lokale HipHop-Kultur oder Familienstrukturen, in denen Anerkennung, Respekt und Bestätigung erfahren werden. Mit HipHop als Vehikel gelingt es, negative Stereotype und Ghettogefühl in Symbole der Stärke, des Widerstandes und der Heimat zu verwandeln. Dabei wird Neukölln als sicherer Ort, der Berliner Osten hingegen als gefährliche Gegend konstruiert, und dies wiederum verspricht den

Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft.

Handlungsspielräume und die Strategie der Heimlichkeit

Lange Zeit wurde in der Migrationsforschung die Sichtweise junger Frauen und Mädchen vernachlässigt. Brosig zeigt, wie sehr die Erfahrungen der jungen Türkinnen in Neukölln durch die sozial-moralische Kontrolle ihrer Umgebung und ihrer eigenen Familie geprägt wird. Sie assoziieren die geschlechtsspezifischen Ehrvorstellungen hinsichtlich Sexualität und Kleidung mit der „orientalischen Kultur“ der Eltern und deren Herkunft aus ländlichen Regionen der Türkei. Sie stehen den Normen und Werten der Elterngeneration durchaus kritisch

distanziert gegenüber, ohne sie jedoch offen anzugreifen. Brosig zeigt, dass die Familien häufig Orte der Sicherheit und Zugehörigkeit darstellen, dass sie aber ambivalente Orte sind, die von den Mädchen nicht unhinterfragt akzeptiert werden, die von ihnen aber eher indirekt und durch Kompromisshandlungen umgangen werden. Die Mädchen und jungen Frauen versuchen, Autonomie durch Leistung zu erlangen oder sich mit der Mutter zu solidarisieren. Oft praktizieren die weiblichen Familienmitglieder Strategien der Heimlichkeit untereinander, und in der Hoffnung, dass sich im Laufe der Zeit eine Akzeptanz ihrer Lebensweise einstellen wird, streben die jungen Frauen einen langfristigen Wandel der Beziehung zu den Eltern an,

Sensibilisierung für interkulturelle Wirklichkeit

Die Preisverleihung an die beiden Wissenschaftlerinnen fand am 18. Juni im Goldenen Saal des Augsburger Rathauses statt. Der Augsburger Wissenschaftspreis für Interkulturelle Studien wurde von Helmut und Marianne Hartmann 1998 gestiftet und wird seither jährlich von der Universität Augsburg gemeinsam mit der Stadt Augsburg und dem „Forum Interkulturelles Leben und Lernen (FILL) e. V.“ verliehen. Zentrales Anliegen ist es, junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Auseinandersetzung mit dem Thema „Interkulturelle Wirklichkeit in Deutschland“ zu motivieren.

Quelle: Klaus Prem: *Wie der alltägliche Vorgang des Essens eine Gesellschaft verändern kann. Pressemitteilung der Universität Augsburg, 17.04.2012*

Budget-Alternativen

Die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“ will mit dem von ihr ausgearbeiteten „Alternativen Zukunftsbudget“ aufzeigen, dass ein solidarischer Weg aus der Krise möglich ist.

Anlässlich der Präsentation des „Alternativen Zukunftsbudgets für 2013“ Anfang Oktober übten die elf an der zivilgesellschaftlichen Allianz beteiligten Organisationen scharfe Kritik an der ihres Erachtens kontraproduktiven Kürzungspolitik der Regierung. Die Verteilungskrise dürfe nicht länger geleugnet werden. Die bisher steuerlich geschonten Superreichen müssten wieder einen angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Nur so seien dringend nötige Investitionen in Soziales, Bildung, Umweltschutz und Menschenrechte finanzierbar.

Auf der Einnahmenseite des zivilgesellschaftlichen Budgets stehen: höhere Steuern auf Vermögen, die Abschaffung von Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen sowie eine stärkere Besteuerung von Ressourcenverbrauch und ein Ende für umweltschädliche Subventionen. Von den so zusätzlich gewonnenen 7,8 Milliarden Euro fließen je 1,5 Milliarden in die Entlastung niedriger Arbeitseinkommen und in die EU-konforme Reduktion des Defizits. Die restlichen fünf Milliarden Euro setzen bei den Bedürfnissen der Menschen und den globalen Herausforderungen an: Investitionen in Bildung, Gesundheit und Pflege, nachhaltige Energieformen und Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie eine qualitativ hochwertige kommunale Grundversorgung. Fast 100.000 neue Arbeitsplätze können so geschaffen werden, wird argumentiert.

Die Schuldenkrise ist eine Verteilungskrise

Die neuen Daten der Österreichischen Nationalbank würden bestätigen, dass Vermögen in Österreich extrem konzentriert ist. „Sozialstaat und Demokratie sind mit der propagierten „Schuldenkrise“ in ganz Europa einem radikalen Angriff ausgesetzt. Die Schuldenkrise entsteht in Wirklichkeit durch zu geringe Steuern auf

Vermögen und Unternehmensgewinne. Das führt zu Vermögenskonzentration und Unterfinanzierung des Staates. Mehr denn je ist es Zeit für vermögensbezogene Steuern“, sagte Alexandra Strickner, Obfrau von Attac Österreich bei der Präsentation des Alternativ-Budgets.

David Mum, Leiter der GPA-djp Grundlagenabteilung, rechnete vor: „Eine Vermögenssteuer für die obersten 5 bis 10 Prozent würde jährlich über 3 Milliarden Euro bringen. Damit könnten wir endlich in soziale Dienstleistungen investieren, Arbeitseinkommen entlasten und den Schuldenabbau beschleunigen. Alleine eine Sozialmilliarde würde 20.000 bis 30.000 Arbeitsplätze im Bereich Betreuung und Pflege schaffen“, so Mum.

Zukunftsinvestitionen statt Kürzungskurs und Rezession

Der Wirtschaftseinbruch auch in Österreich zeige, dass die Kürzungspolitik immer tiefer in die Krise führe. Außerdem treffe sie in erster Linie diejenigen, die ohnehin schon zu kämpfen hätten. Deshalb sei eine effektive Politik gegen Armut und Arbeitslosigkeit und für sozialen Ausgleich nötiger denn je, befand Michaela Moser von der Armutskonferenz: „Lippenbekenntnisse reichen schon längst nicht mehr aus, es gilt mit aller Kraft in Soziales, in Bildung, Gesundheit und gute Arbeitsplätze zu investieren.“

Erstmalig präsentierte die Allianz auch ein eigenes „Menschenschutzbudget“: „An den Ausgaben für Menschenrechte und Menschenschutz misst sich der Reifegrad einer Demokratie. Daher muss die österreichische Budgetpolitik endlich auch zur Menschenschutzpolitik werden. Mit den von uns veranschlagten und ausfinanzierten zusätzlichen 89 Millionen Menschenschutzeuro wird sichergestellt, dass es nicht mehr zu Gesundheitsschäden, Dequalifizierung, sozialer Abhängigkeit, fortgesetzter Traumatisierung und zur Abweisung von schutzsuchenden Menschen aufgrund einer falschen Kürzungspolitik kommt“, so Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch.

Auch die Ausfinanzierung der Hochschulen und die Sicherung des freien Hochschulzugangs sind Zukunftsinvestitionen: „Das Recht auf Bildung ist eine Grundvoraussetzung für eine sozial gerechte Gesellschaft.“



Durch Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen können sich aber nur noch wenige ein Studium leisten", meint Janine Wulz vom Vorsitzteam der ÖH Bundesvertretung. Durch eine Hochschulmilliarde würden 14.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen und das Ziel, zwei Prozent des BIP für Hochschulen aufzuwenden, erreicht werden.

Intakte Umwelt als Voraussetzung für ein gutes Leben

Für ein gutes Leben für alle sind auch eine intakte Umwelt und Klimaschutz eine Voraussetzung: „Mehr Geld für thermische Sanierung, den Ausbau von Öffis und Energiewende ermöglichen Klimaschutz, Energieeinsparung und Schaffung von Arbeitsplätzen“, so Johannes Wahlmüller, Klimasprecher der Umweltorganisation GLOBAL 2000.

Zudem gebe es gemäß Art. 13(3) B-VG einen klaren gesetzlichen Auftrag zur Verbesserung der Gleichstel-

lung im Rahmen des Budgets. Das zivilgesellschaftliche Budget sieht deshalb verstärkte Investitionen in soziale Dienste und Pflege zur Entlastung von Frauen, eine geschlechtergerechte Besteuerung sowie die Einrichtung eines Beirates vor, der kontinuierlich die Budgetprioritäten aus der Geschlechterperspektive prüft.

Die 2010 gegründete Allianz „Wege aus der Krise“ besteht aus den Nicht-Regierungsorganisationen Attac, Armutskonferenz, SOS Mitmensch, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Greenpeace und Global 2000, den (Teil-)Gewerkschaften GPA-DJP, vida, Proge, GdG-KMSfB sowie der Österreichischen HochschülerInnenschaft. Heuer wurde bereits zum dritten Mal ein zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget ausgearbeitet.

Quelle: Wege aus der Krise, Pressemitteilung vom 06.10.2012 (Fabian Unterberger)

Bericht zur sozialen Lage der Studierenden

Wissenschaftsminister Töchterle hat dem Nationalrat Anfang Oktober die „Materialien zur sozialen Lage der Studierenden 2012“ vorgelegt. Im Bericht sind die zentralen Ergebnisse der vom Institut für Höhere Studien (IHS) durchgeführten „Studierenden-Sozialerhebung 2011“ zusammengefasst. Erhoben wurden unter anderem die Finanzierung der Studienphase, der Zugang zu Studienförderungen, die Wohnsituation der Studierenden, das Ausmaß der studienbegleitenden Erwerbstätigkeit und der Hochschulzugang nach sozialer Herkunft.¹

¹ Die Ergebnisse der Erhebung wurden vom IHS in einem Kernbericht in drei Bänden veröffentlicht. Außerdem werden in den nächsten Monaten noch Zusatzberichte zu speziellen Themen und einzelnen Studierendengruppen publiziert. An der Studierenden-Sozialerhebung im Sommer 2011 haben über 44.000 Studierende an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen teilgenommen. Das ungewöhnlich große Sample dieser Erhebung erlaube es, auch Aussagen über Kleingruppen innerhalb der Studierenden zu treffen, so die Verfasser der Studie.

Die direkte und indirekte staatliche Förderung von Studierenden dienen laut Wissenschaftsministerium dem notwendigen sozialen Ausgleich, der Honorierung hervorragender Leistungen und der Abmilderung von Begleitumständen, die das Studium erschweren könnten. Die Sozialaufwendungen für Studierende durch das Wissenschaftsministerium erreichten 2008 ihren Höchststand mit 228,6 Mio. Euro und gingen dann 2009 deutlich zurück. Für 2011 ergab sich, allerdings auf niedrigerem Niveau, mit 204,7 Mio. Euro ein neuerlicher Anstieg der Sozialaufwendungen gegenüber dem Vorjahr (2010: 200,1 Mio. Euro).

Die Zahl der Anträge auf Studienbeihilfe im Bereich der Universitäten ist insgesamt zurückgegangen, nur bei den Fachhochschul-Studierenden stieg sie leicht an. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Studierenden an den Universitäten. Im Schnitt bekamen diese im Studienjahr 2010/11 4.230 Euro an Studienbeihilfe, Studierende an Fachhochschulen 4.180 Euro. An Fahrtkostenzuschüssen wurden 2010/11 insgesamt 4,5 Mio. Euro ausbezahlt.

Zudem wurden in Summe 4,23 Mio. Euro für die Auslandsförderung von Studierenden bereitgestellt. Für Leistungsstipendien gab es an Universitäten 5,9 Mio. Euro, an Fachhochschulen 3 Mio. Euro und 166.000 Euro an Privatuniversitäten. Dabei wurden Frauen deutlich mehr Stipendien als Männern zuerkannt (Verhältnis 3.769 zu 2.826). Die Mittel für Förderstipendien betragen 2010 9,5 Mio. Euro, 2011 waren es

nur noch 9,2 Mio. Euro. In diesem Jahr wurden von 366 Ansuchen auf Studienunterstützung in sozialen Härtefällen 284 bewilligt und dafür rund 941.000 Euro ausgezahlt. Die Zahl der Ansuchen ist dabei in den letzten Jahren gesunken, die Zuerkennungen nahmen aber zu.

Neben diesen direkten Förderungen tragen weitere Sozialleistungen dazu bei, die Studierenden bzw. ihre Familien bei den Kosten für Lebenshaltung und Ausbildung zu entlasten. Dabei kommt der Familienbeihilfe die größte Bedeutung zu. Im Wintersemester 2010 hatten 122.959, im Sommersemester 2011 120.255 Studierende Anspruch auf Familienbeihilfe. Das Wissenschaftsministerium leistete 2011 weiters für 28.431 Studierende einen Beitrag zur begünstigten Selbstversicherung, in Summe wurden dafür 3,6 Mio. Euro ausgegeben. Für Studentenheime wurden 2011 aus Budgetmitteln über 11 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Für den laufenden Betrieb von Mensen gibt es keine Zuschüsse, das Bundesministerium fördert aber Neuerrichtungen und Generalsanierungen.

Soziale Herkunft nach wie vor unausgewogen

Im Wintersemester 2010/11 studierten knapp 315.000 ordentliche HörerInnen an Österreichs Hochschulen, davon 265.000 an den Universitäten (84%), 37.500 an Fachhochschulen (12%) und 11.500 an Pädagogischen Hochschulen (4%). Der Frauenanteil lag bei 54 Prozent. Knapp 65.000 Studierende (21%) hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft. Davon stammten allein 22.500 (38%) aus Deutschland und rund 6.000 (9%) aus Südtirol. Die Zahl der ausländischen Studierenden hat sich damit zwischen 2002 und 2010 verdoppelt. Auch die Zahl inländischer Studierender ist im Steigen begriffen. 2009 betrug die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 13 Prozent.

Im Wintersemester 2010/11 begannen rund 53.000 Personen ein Studium in Österreich. Signifikant ist dabei unter anderem die Zunahme von ErstinskribentInnen bei gleichzeitig kleiner werdenden Altersjahren. Das wird auf höhere Übertrittsquoten aus dem sekundären ins tertiäre Bildungssystem und auf eine Zunahme an älteren StudienanfängerInnen zurückgeführt. Der Ausbau der Möglichkeiten zum Erwerb einer Studienberechtigung auf

dem zweiten Bildungsweg ist für diesen Trend ein wichtiger Faktor.

Was den Hochschulzugang nach sozialer Herkunft betrifft, so zeige sich bei den inländischen StudienanfängerInnen eine leichte Verschiebung in Richtung von größerer Egalität, lautet ein Ergebnis der Erhebung. Trotzdem beginnen Kinder aus Haushalten, wo zumindest ein Elternteil Akademiker ist, nach wie vor wesentlich häufiger ein Studium als Kinder aus bildungsfernen Schichten. Etwa ein Viertel der StudienanfängerInnen kommt aus Akademikerhaushalten, 34 Prozent aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil eine Matura hat. Auf tausend Eltern mit akademischer Bildung kamen somit 40 UniversitätsanfängerInnen, auf tausend LandwirtInnen 20 und auf tausend ArbeiterInnen nur 10. Etwas ausgeglichener ist das Bild beim Besuch von Fachhochschulen.

Der Großteil der Studierenden ist erwerbstätig

Etwa 62 Prozent der Studierenden sind erwerbstätig und beziehen daraus ein durchschnittliches monatliches Einkommen von 670 Euro. Gut zwei Drittel der Studierenden erhalten zudem Geld oder Naturalleistungen von ihren Eltern. Erwerbsarbeit ist der wichtigste Einnahmeposten für Studierende. Dabei sind 23 Prozent geringfügig beschäftigt, 20 Prozent studieren, arbeiten nebenher aber mehr als 10 Stunden pro Woche, und 19 Prozent sind in erster Linie erwerbstätig und gehen zusätzlich einem Studium nach.

Dabei gaben allerdings 52 Prozent der Studierenden an, Studium und Erwerbstätigkeit eher schlecht vereinbaren zu können, wobei hier kein geschlechtsspe-



Studium und Erwerbstätigkeit lässt sich für viele nur schwer vereinbaren. Foto: hs

zifischer Unterschied besteht. Ausschlaggebend ist vielmehr das Ausmaß der Wochenarbeitszeit, denn diese Studierenden waren im Durchschnitt 25 Stunden pro Woche beschäftigt. Ebenso verschärft sich das Problem der Vereinbarkeit bei Studien mit einem überdurchschnittlichen Studienaufwand.

Die Einkommenssituation der Studierenden stellt sich insgesamt als sehr uneinheitlich dar. So haben etwa 10 Prozent von ihnen nur 500 Euro und weniger im Monat an Einkommen zur Verfügung, 5 Prozent aber mehr als 2.000 Euro. Das mittlere Gesamtbudget von Studierenden liegt mit rund 1.000 Euro knapp unter der Armutsgrenze, die von der Statistik Austria für Einzelhaushalte, die keine Zuwendung Dritter erhalten, derzeit bei 1.031 Euro monatlich angesetzt wird. Allerdings weisen die Verfasser der Studie darauf hin, dass nur 8 Prozent der Studierenden in solchen Haushalten leben.

Ein knappes Fünftel der Studierenden bezieht irgendeine Form der Studienförderung, und etwa 16 Prozent haben sonstige Einnahmen, wie Waisenpension, Unterhaltszahlung oder Wohnbeihilfe. 13 Prozent werden ausschließlich von den Eltern unterstützt, etwa 11 Prozent erhalten sich zur Gänze selbst durch Erwerbsarbeit, und nur ein Prozent hat ausschließlich staatliche Stipendien als Einnahmequelle. Etwa 30 Prozent gehen einer Beschäftigung in regulären Dienstverhältnissen nach. Gleich viele gaben an, Einkommen aus Mehrfachbeschäftigungen zu beziehen. 22 Prozent sind nur geringfügig beschäftigt und 9 Prozent gaben an, als freie DienstnehmerInnen bzw. über Werkverträge beschäftigt zu sein.

Steigende Lebenshaltungskosten

Die finanziellen Schwierigkeiten von Studierenden erhöhen sich mit zunehmendem Alter. Im Alter von 29 Jahren haben bereits 42 Prozent solche Probleme. Als Gründe dafür werden das Auslaufen von Familienbeihilfe und Studienbeihilfe, das Auslaufen anderer staatlicher Transferleistungen und mangelnde Erwerbstätigkeit angegeben. Für jüngere Studierende stellt die Finanzierung eines Auslandsstudiums oft ein finanzielles Problem dar. Finanzielle Schwierigkeiten sind – wenig überraschend – häufiger bei Studierenden aus niedrigeren Schichten gegeben und korrelieren auch oft mit einem Migrationshintergrund oder mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Studierenden.

Für steigende Kosten des Lebensunterhaltes von Studierenden waren insbesondere Wohnen und Ernährung verantwortlich. Die Wohnkosten sind von 2009 auf 2011 um rund 7 Prozent gestiegen. Durch-

schnittlich betragen die Wohnkosten für Studierende im Sommersemester 2011 rund 350 Euro monatlich. Der Anteil der Studierenden, die bei ihren Eltern wohnen, ist von 2006 auf 2011 deutlich gesunken, von 23 auf nunmehr 18 Prozent. Diese Entwicklung spiegelt die Zunahme des Anteils älterer und internationaler Studierender wider. Fast drei Viertel der Studierenden sind mit ihrer Wohnsituation zufrieden. Die Unzufriedenheit ist aber signifikant höher bei jenen Studierenden, die im elterlichen Haushalt oder in Wohnheimen leben. Die Unzufriedenheit mit der Wohnsituation steigt auch deutlich mit dem Grad finanzieller Schwierigkeiten sowie mit der Entfernung zwischen Wohnort und Hochschule an.

Stress und psychischer Druck belasten Studierende

Stress im Studium belastet Männer und Frauen in ähnlich hohem Maße. Insgesamt gaben 47 Prozent der Studierenden an, in ihrem Studium durch einen der abgefragten Stressfaktoren beeinträchtigt worden zu sein (49% der Frauen, 45% der Männer). Deutlich mehr Frauen als Männer gaben dabei an, unter stressbedingten gesundheitlichen Beschwerden zu leiden (27% gegenüber 16%). 45 Prozent der Studierenden gaben weiters an, dass sie im Laufe des Studiums bereits unter psychischen Beschwerden zu leiden hatten. Hier sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede ausgeprägter: So gaben 35 Prozent der weiblichen Studierenden an, unter Leistungsdruck und Versagensängsten zu leiden, bei den männlichen Studierenden waren es 26 Prozent. Aussagen zu Existenzängsten machten 22 Prozent der Studentinnen und 17 Prozent der Studenten. Von depressiven Stimmungen waren 19 Prozent der Studentinnen und 17 Prozent der Studenten betroffen. 18 Prozent der Studentinnen gaben außerdem an, an niedrigem Selbstwertgefühl zu leiden, bei ihren männlichen Kommilitonen waren es 12 Prozent. Studenten sahen sich nach ihren Angaben auch weniger Konkurrenzdruck ausgesetzt (9%) als ihre Kolleginnen (13%).

Die Studierenden hatten in der Studie auch Gelegenheit, offene Anmerkungen zu ihrer individuellen Situation zu machen. Von dieser Gelegenheit machten vor allem ältere Studierende ab 26 Jahren Gebrauch. Die häufigsten Themen waren Fragen der Erwerbstätigkeit beziehungsweise der Vereinbarkeit einer Erwerbstätigkeit mit dem Studium, die finanzielle Situation und damit verbundene Schwierigkeiten und die Erfahrungen mit Beihilfen und Stipendien.

Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 730, 03.10.2012

Beschäftigungsprognose für Österreich

Geprägt vom Wandel der Wirtschaftsstruktur und der Anforderungsprofile an Arbeitskräfte ist der österreichische Arbeitsmarkt einer stetigen Veränderung der Nachfrage nach beruflichen Qualifikationen unterworfen. In seiner mittelfristigen Beschäftigungsprognose bis zum Jahr 2016 schätzt das WIFO diese Veränderungen, gegliedert nach 38 Branchen und 57 Berufsgruppen. Während einfache Tätigkeiten im produzierenden Bereich an Bedeutung verlieren, dürfte die Beschäftigung von Dienstleistungshilfskräften leicht zunehmen.

Die österreichische Berufslandschaft ist einem ständigen Wandel unterworfen, der durch Veränderungen der Branchenstruktur (zunehmende Dienstleistungsorientierung), aber auch der Tätigkeitsprofile innerhalb einzelner Branchen (Trend zu höherqualifizierten Tätigkeiten) geprägt ist. Gleichzeitig ist eine kurzfristige Änderung der Ausbildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung aber nur in äußerst geringem Ausmaß möglich, da Aus- und Weiterbildung nicht nur zeitaufwendig und kostenintensiv ist, sondern ihre Inanspruchnahme auch wesentlich von der Vorbildung abhängt.

Gerade dieser lange Reaktionszeitraum der Anpassung an neue Qualifikationsanforderungen stellt die Institutionen aus den Bereichen Bildung, Innovation, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik vor hohe Anforderungen. Für eine vorausschauende Ausrichtung der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik ebenso wie für die praktische Arbeit in der Bildungsberatung und der Planung und Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen ist es daher von großer Bedeutung, künftige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt abschätzen zu können. Dadurch kann frühzeitig Einfluss auf das Angebot an Aus- und Weiterbildung, auf weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie auf die Ausrichtung der Bildungsberatung, der betrieblichen Förderungsstrategien und sozialpolitischen Begleitmaßnahmen genommen werden.

Um den entstehenden Anpassungsbedarf der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten antizipieren zu

können, ermittelt das WIFO im Auftrag des AMS regelmäßig im Rahmen einer Beschäftigungsprognose die mittelfristig zu erwartende Veränderung der Nachfrage nach bestimmten beruflichen Qualifikationen.

Wirtschaftlicher Strukturwandel hält an

Gemäß der aktuellen Prognose steigt die Beschäftigtenzahl in Österreich bis 2016 insgesamt um durchschnittlich 0,9 Prozent pro Jahr auf etwa 3,430.600 Personen an. Kumuliert bedeutet das ein Plus von 172.800 Arbeitsplätzen gegenüber 2010. Der Strukturwandel der Wirtschaft hält dabei an, bis 2016 erhöht sich der Beschäftigungsanteil des Dienstleistungsbereiches auf 75,2 Prozent. Gleichzeitig sinkt die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung (-20.600). Dieser Rückgang wird laut Prognose durch die starke Expansion der Leiharbeitsbranche kompensiert (+25.200), deren Arbeitskräfte zum Großteil in der Sachgütererzeugung tätig sind. Hauptträger des Beschäftigungswachstums sind die Dienstleistungsbranchen, insbesondere der Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens (+59.300), Erziehung und Unterricht (+26.100) sowie der Einzelhandel (+22.800).

Insgesamt entfallen knapp zwei Drittel des erwarteten Beschäftigungszuwachses auf Frauen (+112.700). Ein Großteil davon wird allerdings Teilzeitarbeit betreffen. Auch zeigt sich keine nennenswerte Abnahme der geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes, da neue Stellen für Frauen vorwiegend in Bereichen entstehen, die bereits einen hohen Frauenbeschäftigungsanteil aufweisen.

Trend zu höherqualifizierten Tätigkeiten

Der deutliche Trend zu höherqualifizierten Tätigkeiten spiegelt sich in überdurchschnittlichen Zuwachsraten für die Berufe mit Hochschulabschluss (+2,5% p.a.) und auf Maturaniveau (+1,2% p.a.). Gleichzeitig bleibt das mittlere Qualifikationssegment (Berufe, die den Abschluss einer Lehre oder einer berufsbildenden mittleren Schule erfordern) von zentraler Bedeutung für den österreichischen Arbeitsmarkt - hier ist der in absoluten Zahlen größte Stellenzuwachs zu erwarten (kumuliert +53.000). Im Bereich der geringqualifizierten Tätigkeiten (höchstens Pflichtschulabschluss) zeigt sich hingegen eine heterogene Entwicklung: Während laut Prognose durch das kräftige Wachstum im Dienstleistungsbereich auch Dienstleistungshilfskräfte vermehrt nachgefragt werden (+14.200), nimmt die Zahl der Hilfskräfte in der Produktion deutlich ab (-12.300).

Quelle: WIFO Presseinformation, 24.09.2012

Qualitatives Wachstum als Ausweg aus der Krise?

Das Ringen um ökonomisches Wachstum ist zu einer der zentralen, wenn nicht der zentralen Frage aller Politik geworden, so die Grundthese der vorliegenden Publikation. Sinkendes Wachstum erhöht die Arbeitslosigkeit, die Armut, die Gefahr sozialer Unruhen sowie die Gefahr der Entladung lauernder Chaos-Mächte. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg vertraute man auf eine Politik des größtmöglichen Wachstums an Gütern und Dienstleistungen. Es sorgte für die Beseitigung von immer mehr Mangellagen, für Erwerbsarbeit und Einkommen und damit für den sozialen Frieden.

Das liberalistisch-kapitalistische Wirtschaftssystem hat den Herausgebern zufolge eine Steigerung der Lebensqualität für breiteste Schichten der Bevölkerung mit sich gebracht. In den letzten Jahrzehnten jedoch hat sich die Situation in den westlichen Industriestaaten, ja die Situation der Menschheit insgesamt zugespitzt. Mit am gefährlichsten erweisen sich die chaotischen Tendenzen auf den internationalen Finanzmärkten, die zunehmende Zerstörung der Ökosphäre, insbesondere die Erderwärmung, die drohende Verknappung wertvoller Ressourcen, wie sauberes Wasser in weiten Teilen der Welt, die soziale Armut in einigen Regionen der Welt.

Welche Konsequenz ergibt sich aus diesem Befund für die Politik, für unsere Wirtschafts- und Lebensweise? Bietet uns das herrschende Wirtschaftssystem mit seinen Antriebskräften einen Ausweg aus den aufgezeigten Zwängen? Die Beiträge im vorliegenden, vom vormaligen Leiter der Katholischen Sozialakademie, Herwig Büchele, und dem Politikwissenschaftler Anton Pelinka herausgegebenen Band versuchen, Antworten auf diese Fragestellungen zu geben. Eine mögliche Antwort auf die Krise wird im Übergang von einem rein quantitativen auf ein an qualitativen Parametern ausgerichtetes Wirtschaftswachstum gesehen.

*Herwig Büchele, Anton Pelinka (Hg.)
Qualitatives Wirtschaftswachstum –
eine Herausforderung für die Welt
innsbruck university press (iup) 2012
144 Seiten, EUR 14,90*

Mühsamer Weg nach Westen

Am 1. Januar 2013 feiert die Slowakei, der jüngste Staat der EU, ihren 20. Geburtstag. Grund genug für den Wirtschaftshistoriker und Publizisten Hannes

Hofbauer und den Journalisten David X. Noack, sich mit der in der geographischen Mitte Europas liegenden Land zu beschäftigen. Die Autoren zeichnen den Weg des Landes historisch nach und legen den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die zwei Jahrzehnte staatlicher Unabhängigkeit.

Außenpolitisch ist diese Epoche vom Ringen um eine westliche bzw. östliche Ausrichtung geprägt, während das Land innenpolitisch zwischen sozial-nationalen und ultra-liberalen Ansätzen pendelt. Diese für die Slowakei paradigmatische „doppelte Orientierung“ wurzelt dabei tief in ihrer Geschichte.

Die Autoren beginnen ihre Spurensuche im „Großmährischen Reich“ des 9. Jahrhunderts, als das Land kulturell an der Schnittstelle von römischem und byzantinischem Einfluss lag. In weiterer Folge wird der Bogen von der magyarischen Landnahme um die Jahrtausendwende über die Teilung Ungarns nach der Schlacht von Mohács 1526 bis zum Ende der Doppelmonarchie und damit der Errichtung der Tschechoslowakei im Jahre 1918 gespannt. Die erste slowakische Republik, ein Vasallenstaat von Hitlers Gnaden, sah die Verkleinerung ihres Territoriums, bis es 1945 erneut zur tschechoslowakischen Vereinigung, diesmal unter kommunistischem Vorzeichen, kam.

Das Hauptaugenmerk des Buches liegt auf der Aufarbeitung der zeitgeschichtlichen Ereignisse nach dem Umbruch des Jahres 1989. Die slowakische Staatlichkeit entwickelte sich anfangs in relativer Äquidistanz zu West und Ost, bildete auch politisch entsprechend unterschiedlich orientierte Parteienlandschaften aus, bis sie sich auf ihren mühsamen Weg in Richtung EU-Integration machte. Die Idee von der nationalen Selbstständigkeit, mit der man „nicht auf den Knien in die Europäische Union“ und keine NATO-Mitgliedschaft wollte, verschwand nach der Ära Meciar von der Bildfläche. Gleichwohl sind die politischen Parteien in der Slowakei auch 20 Jahre nach ihrer Gründung rechtsliberaler bzw. linkssozialdemokratischer als ihre westlichen Schwestern.

Eine ausführliche Literaturliste beschließt dieses Landesporträt, das sowohl als Reiselektüre zum besseren Verständnis der Hintergründe der slowakischen Staatlichkeit als auch als kritische Historiographie gelesen werden kann.

*Hannes Hofbauer, David X. Noack:
Slowakei: Der mühsame Weg nach Westen
Promedia Verlag, Edition Brennpunkt Osteuropa
248 Seiten, EUR 17,90*

Internet zwischen Zugang und Zensur

Vortrag zum Thema „Internet, Medien und Menschenrechte“ von Matthias Kettmann von der Universität Graz anlässlich des Tages der Menschenrechte. Anschließend Podiumsdiskussion mit Markus Staudinger (OÖN), Gunther Trübswasser, SOS-Menschenrechte, und der Kommunikationswissenschaftlerin Karin Zauner. Moderator ist Walter Ötsch (JKU Linz).

Termin: 6. Dezember 2012, 19.00 Uhr
Ort: Wissensturm Linz, Veranstaltungssaal E.09

Die gespaltene Gesellschaft

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die sich abzeichnenden Krisenbewältigungsstrategien lassen eine Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltungen erwarten. Das vermehrte Auftreten sozialer Bewegungen und das Aufbrechen gesellschaftlicher Konflikte zeigen aber, dass die skizzierten Entwicklungen nicht so einfach hingenommen werden. Die Tagung geht der Frage nach, in welcher Form sich die postulierten gesellschaftlichen Spaltungen in der Realität manifestieren, wo ihr Ursprung liegt, welche Effekte sie zeitigen und welche Perspektiven diesen Spaltungstendenzen entgegengesetzt werden können.

Termin: 6. Dezember 2012, 9.00 – 17.30 Uhr
Ort: JKU Linz, Uni-Center, 2. Stock
Anmeldung: ungleichheit@jku.at; <http://sozialeungleichheit.wordpress.com>

Lernen an der Schnittstelle zwischen Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik

Der Lebenszusammenhang vieler Menschen ist eher auf die Aneignung praktischen und impliziten Wissens ausgerichtet. Gefragt sind deshalb lernfördernde Arbeitsstrukturen, die arbeitsintegriertes Lernen durch Ausprobieren und Unterweisung ermöglichen. Fragen der Ausbildung, Bildung und des Kompetenzerwerbs am Arbeitsplatz sind insbesondere in Sozialen Unternehmen zentrale Punkte der praktischen Arbeit, denen sich die Tagung „Learn different“ widmen wird.

Termin: 6. Dezember 2012, 9.00 – 13.00 Uhr
Ort: Kardinal-König-Platz 3, 1130 Wien
Information, Anmeldung: <http://www.abif.at/deutsch/news/veranstaltungen2012.asp?ldPageLv1=6>

Nacht der Vielfalt

Auch 2012 will die Volkshilfe OÖ mit dem Integrationsball ein Zeichen für ein respektvolles Miteinander der Menschen und Kulturen setzen. Geboten wird ein vielfältiges Programm mit Künstlern wie Harry Stoyka, Ras MC Bean, La Cherga und The Mochers.

Termin und Ort: 8. Dezember 2012, Design Center Linz
Tickets: Volkshilfe Linz, Tel. 0732 60 30 99; Mail: nachtdervielfalt@volkshilfe-ooe.at

Frieden Bewegung Bildung

Der Begriff „Friedensbewegung“ ist oft Auslöser für nostalgische Betrachtungen – aber wie steht es um den aktuellen Friedensaktivismus? Wo bewegt sich was? Wie sind Friedensbewegungen mit emanzipatorischen Bildungsstrategien verknüpft? Was bedeutet das Leitmotiv „Kultur des Friedens“ für die Vermittlung von Politik und für die Beteiligung an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Vortrag von Lena Freimüller von der Universität Klagenfurt.

Termin und Ort: 10. Dezember 2012, Depot Breite Gasse, 1070 Wien
Informationen: www.politischebildung.at

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.

Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und
Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes
Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:

8 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:

kontraste: JKU Linz, Institut für Gesellschafts- und
Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732 2468 7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Carmen Schacherreiter, Tel. 0732 2468 7161
Fax DW 7172 Mail: carmen.schacherreiter@jku.at

Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder,
Dr. Susanna Rothmayer, Dr. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung
und Entscheidung über die Veröffentlichung vor.
Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge können,
müssen aber nicht die Meinung
der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, MEP
Em. Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster
Dr. Brigitte Kepplinger

Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Einzelheft EUR 6,70; Referierte Ausgabe EUR 18,70
Alle Preise inklusive Versand.
Gratis Probeabo für drei Monate
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453
BIC: ASPKAT2LXXX, IBAN: AT972032007500002453

